



Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny über
seine Sicht der Vergangenheit • Die Chabad-
Bewegung • Begehrte jüdische Männer •
Das umstrittene Bauprojekt Ichmannngasse

Ausgabe Nr. 24 (2/2006)

Siwan 5766

€ 3,-

www.nunu.at



Botschafter Dan Ashbel:

„DEMOKRATIE ENDET NICHT MIT DER STIMMABGABE“

www.wirtschaftsverband-wien.at

„Selbstständig und
sozialdemokratisch –
eine gute Kombination.
Machen Sie mit!“

*LABg. GR Komm.-Rat Fritz Strobl
Präsident des Sozialdemokratischen
Wirtschaftsverbandes Wien*

Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband
Wien



Liebe Leserin, lieber Leser!

Kinderboom in der NU-Redaktion: Die Geburt von Lea, Tochter unserer Schlussredakteurin Alexia Weiss, habe ich schon im vorigen Heft vermeldet. Nun gratuliere ich Saskia Sautner zu ihrem frisch gebackenen Jonathan, Eva Menasse zu Laszlo (Kosenamen: Laci Bacs) und Rainer Nowak zu seiner Paula. Die Redaktion für 2030 ist seit den fruchtbaren ersten Monaten dieses Jahres bereits jetzt aufs Beste gesichert.

Im neuen NU setzen wir unsere Tradition der ausführlichen Interviews fort. Dan Ashbel, Botschafter Israels in Wien, hat mit Danielle Spera und mir über die Situation im Nahen Osten und über seine Beziehungen zu Österreich gesprochen. Die Österreicher würden es nicht gerne hören, meint er, aber es gebe wenig Grund zum Raunzen. Was ihn hier und anderswo in Europa jedoch betrübt, ist das Unverständnis über die Lage, in der sich Israel befindet. Sein Land werde im Gegensatz zu seinen Nachbarn stets an den Standards der entwickelten europäischen Staaten gemessen, ohne jedoch über deren geopolitisches Umfeld zu verfügen.

Die Stadt Wien hat in jüngster Zeit große Anstrengungen in die Aufarbeitung der Vergangenheit gelegt. NU hat dazu mit dem zuständigen Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny gesprochen. Der Leopoldstädter war einer der Mitautoren der Rede von Franz Vranitzky 1993 am Ölberg. NU erzählt er, dass er sich über das Aufblühen neuen jüdischen Lebens in seinem Heimatbezirk freut. Beeindruckend findet er auch, dass so viele aus Wien stammende Juden, die 1938 flüchten mussten, immer noch ein hohes Interesse an der Wiener Kultur behalten haben.

Große Diskussionen hat das Buch „Boy Vey! The Shiksa's Guide to Dating Jewish Men“ der New Yorker Journalistin Kristina Grish ausgelöst. Manche finden es gar nicht lustig, wenn die Autorin nichtjüdischen Frauen Tipps gibt, wie sie sich einen jüdischen Mann angeln können. Die jüdischen Männer seien die besten Partner, meint die Autorin, weil sie aus einer matriarchalischen Kultur stammten und daher mehr Respekt vor den Frauen hätten. Danielle Spera hat das Buch für NU gelesen und mit der Autorin ein Interview geführt. Wir jüdischen Männer

sind jedenfalls von dem Gedanken, etwas Besonderes zu sein, schwer angetan. Danke, Kristina Grish.

Charles E. Ritterband, Korrespondent der angesehenen Neuen Zürcher Zeitung, hat vor einiger Zeit einen Artikel über den vergessenen jüdischen Friedhof in Wien-Währing veröffentlicht. Statt diese jüdische Gedenkstätte zu renovieren und zu pflegen, aus Respekt und weil sich auch viel Tourismus anziehen ließe, lässt man hier einen Friedhof verfallen, der von 1784 bis zur Gründung des Wiener Zentralfriedhofs 1874 die Begräbnisstätte der Wiener Juden war. Wir haben uns entschlossen, den Artikel nachzudrucken, um Nachdruck auch auf die politisch Verantwortlichen aus Bund und Land auszuüben. Ritterband ergänzt für NU seinen Beitrag mit einem Bericht über die außergewöhnlich vielen Reaktionen, die er zum Artikel erhalten hat.

Zum Thema Integration und was die Machthabenden darunter verstehen, schreibt eine prominente Gastautorin für NU. Heide Schmidt befasst sich dabei u.a. mit Fragebogen, die als Schnellinstrument die Integrationswilligkeit von Menschen prüfen sollen, die um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht haben.

Die jüdische Immobilie Nummer eins, kurz „Ichmannngasse“, ist ein weiterer Schwerpunkt dieses Hefts. Der Architekt Adam Kanner analysiert den Plan aus verschiedenen fachlichen Blickwinkeln und findet nichts als ein mutloses, eine völlige Assimilation widerspiegelndes Bauwerk. Auch in Kommentaren gehen wir auf dieses Thema ein und werden das auch in Zukunft tun. Wenn schon die gesamte jüdische Identität am Stadtrand von Wien einbetoniert werden soll, werden zumindest wir den Widerspruch aufrecht halten.

Der übliche Schluss: Wir brauchen Spenden, weil wir von keiner Institution unterstützt werden. Unser Konto: BA-CA (BLZ 12000), Nummer 08573 923 300.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Peter Menasse
Chefredakteur
(Mail an office@nunu.at)

Unvereinbarkeit

WAS Anwalt *Gabriel Lansky* unter Unvereinbarkeit versteht, hätte NU gerne gewusst. Sein Rechtsbeistand für und seine Mitgliedschaft in der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft (ÖIG) ließ unter anderem den Mitgliederstand der Österreichisch-Israelischen Handelskammer (Austrian Israeli Chamber of Commerce, AICC), deren Präsident er bis heute ist, von 230 im Jahr 2001 auf heute 70 sinken.

Empörung herrscht vor allem darüber, dass Lansky nun sein Engagement für die ÖIG abstreitet. So wurde



er im Jänner dieses Jahres in dieser Angelegenheit von der Wiener Zeitung mit der Aussage zitiert: „Ich bin kein Mitglied und war nie Mitglied der ÖIG.“

NU liegt jedoch die Liste einer 2004 in den Iran gereisten Delegation vor, in der Lansky als rechtlicher Berater geführt wird. Mit an Bord bei dieser Reise war übrigens auch Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider, ebenso wie ÖIG-Generalsekretär Massud Mossaheb.

Und: in einem Mail aus dem Jahr 2004 bestätigte Lansky seine Mitgliedschaft in der ÖIG und verteidigte sie mit dem Argument, „die Förderung von Wirtschaftsbeziehungen ist die beste Alternative zu Krieg“. Zudem war Lansky – gesichert zumindest bis Dezember 2004 – auf der Homepage der ÖIG als „Vertrauensanwalt in Wien“ geführt.

Inwieweit die 70 verbliebenen AICC-Mitglieder sich darüber wundern, dass ihr Präsident Kontakte zu einem Land pflegt, dessen Präsident Israel von der Landkarte radieren lassen möchte, ist NU nicht bekannt. NU jedenfalls wundert sich sehr.

Durchhaltevermögen



UNS haben in den vergangenen Wochen aber auch noch andere Dinge verwundert. Etwa, dass *Fritz Mular* klein beigegeben und mit dem zentralen ORF-Chefredakteur *Walter Seledec* (FPÖ) einen Vergleich geschlossen hat. Die Vorgeschichte: Seledec war bei einer Gedenkfeier für den „NS-Fliegerhelden“ *Walter Nowotny* aufgetreten. Daraufhin bedachte *Mular* Seledec in einer Sitzung des ORF-Publikumsrats mit Ausdrücken wie „Würschtel“ und „Arschlecker der damaligen Zeit“. Das wiederum bewog Seledec zu klagen. Statt die Sache nun vor Gericht auszufechten, zieht *Mular* die Kraftausdrücke „mit dem Ausdruck des Bedauerns“ zurück und spendet 2.000 Euro für die Kriegsgräberfürsorge Schwarzes Kreuz. NU hätte sich mehr Durchhaltevermögen gewünscht.

Grußcode

VERÄRGERT sind wir zudem über die hier zu Lande immer wieder vernehmbaren braunen Rülpsen. Anfang Mai verabschiedete sich *Walter Sucher* („Ring Volkstreuer Verbände“) von den Delegierten des Wiener FPÖ-Parteitags mit den

Worten: „Ich möchte meine kurzen Worte mit einem Gruß beenden, der wirklich unser alter Gruß ist, nicht das ‚Glück auf‘ von heute, nein, ich grüße euch alle mit einem kräftigen ‚Heil‘ für die Zukunft“. Zuvor hatte er vor der Verleugnung des deutschen Volkstums und der Übersetzung des Deutschlandliedes ins Türkische gewarnt sowie zum Schutz des deutschen Volkstums aufgerufen.

FPÖ-Chef *Heinz-Christian Strache* versuchte zwar sofort zu beschwichtigen, dass dieser Gruß „im Westen ganz normal“ sei. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) wertete den „Heil“-Gruß an sich zwar als „relativ belanglos“, wies aber darauf hin, dass *Sucher* „einer der führenden Rechtsextremisten in Wien“ sei. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedenfalls inzwischen. Sie will eruieren, ob es sich bei dem Gruß um einen „verschlüsselten Code an das Publikum“ gehandelt habe. Davon ist NU auch ohne gerichtliche Bestätigung überzeugt.

Fremdenfeindlichkeit

HAT die FPÖ den Plan, sich selbst rechts zu überholen? Anders kann man Entgleisungen, wie jene der *freiheitlichen Ortsgruppe in Bruck an der Mur* in der Steiermark wohl nicht interpretieren. Sie dichtete die Bundeshymne um und affichierte den fremdenfeindlichen Text in ihren Schaukästen. „Land für Türken und Araber, Land der Slawen und auch Neger, Land der Moslems, fundamentalistenreich, Heimat, hast du wenig Kinder, brauchst daher auch noch die Inder. Multikulturelles Österreich“, war dann dort zu lesen. SPÖ und Grüne orteten umgehend Rassismus. NU schließt sich an.



Seite 6

| | |
|--|----|
| EDITORIAL | 3 |
| MEMOS | 4 |
| Nachrichten, die uns verärgert haben | |
| INTERVIEW | 6 |
| DAN ASHBEL | |
| Der israelische Botschafter beurteilt das heutige Österreich positiv | |
| Von <i>Danielle Spera</i> und <i>Peter Menasse</i> | |
| JUDENTUM | 12 |
| Die Geschichte der Chabad Lubavitch-Bewegung | |
| Von <i>Katja Sindemann</i> | |
| INTERVIEW | 16 |
| ANDREAS MAILATH-POKORNY | |
| Der Wiener Stadtrat über seine Sicht der Vergangenheit | |
| Von <i>Peter Menasse</i> | |
| NS-ZEIT | 21 |
| Neuerscheinung zum Schicksal jüdischer Zwangsarbeiter im Waldviertel | |
| Von <i>Rainer Nowak</i> | |
| DOROTHEUM | 22 |
| Historikerbericht untersucht Rolle des Auktionshauses in der NS-Zeit | |
| Von <i>Alexia Weiss</i> | |



Seite 16

| | |
|---|----|
| INTERVIEW | 24 |
| RUDOLF EDLINGER | |
| Der Rapid-Präsident über Rassismus im Fußball | |
| Von <i>Fabian Burstein</i> | |
| VERSUNKEN | 26 |
| Über das Schicksal des Währinger Friedhofs | |
| Von <i>Charles E. Ritterband</i> | |
| DEMOKRATIE | 29 |
| Rabbiner Loew setzte bereits im 16. Jahrhundert ein allgemeines Männerwahlrecht um | |
| Von <i>Franz Krahberger</i> | |
| HEIRATSMARKT | 30 |
| Wie angelt frau sich als Schickse einen jüdischen Mann? Das Buch „Boy Vey“ gibt Anleitung | |
| Von <i>Danielle Spera</i> | |
| INTEGRATION | 33 |
| Gedanken zu Einbürgerungs-Tests | |
| Von <i>Heide Schmidt</i> | |
| ICHMANNASSE | 35 |
| Neues jüdisches Zentrum in unattraktiver Lage | |
| Von <i>Adam Kanner</i> | |

office@nunu.at
www.nunu.at



Seite 30

| | |
|--|----|
| STRASSENAMEN | 38 |
| Warum die Ichmannasse umbenannt werden kann, die Arnezhoferstraße dagegen nicht | |
| Von <i>Heike Hausensteiner</i> | |
| RÄTSELHAFTES IN JIDDISCH | 41 |
| Von <i>Michaela Spiegel</i> | |
| LESERBRIEFE | 42 |
| LITERATUR | 43 |
| „Die Gerechten“ von <i>Sam Bourne</i> : Das jüdische Pendant zum Bestseller „Sakrileg“ | |
| Von <i>Rainer Nowak</i> | |
| DAJGEZZEN UND CHOCHMEZZEN | 44 |
| Von <i>Peter Menasse</i> und <i>Erwin Javor</i> | |
| KOMMENTAR | 46 |
| Die Kultusgemeinde als Dachorganisation | |
| Von <i>Martin Engelberg</i> | |
| ALLTAGSGESCHICHTEN | 47 |
| Die Sackgasse Ichmannasse | |
| Von <i>Erwin Javor</i> | |
| IMPRESSUM | 48 |

Wir leben in einer anderen Nachbarschaft

Dan Ashbel, israelischer Botschafter in Wien, rät Europa zu einer konsequenteren Politik gegenüber der Hamas, solange sie das Existenzrecht Israels nicht anerkennt. Auch warnt er davor, die fanatische Position des iranischen Präsidenten Ahmadi-Nejad zu unterschätzen. Sein Urteil über das Österreich von heute fällt grundsätzlich positiv aus.

MIT DAN ASHBEL SPRACHEN DANIELLE SPERA UND PETER MENASSE.

FOTOS VON PETER RIGAUD



NU: Sie waren während der Waldheim-Zeit schon einmal als Diplomat in Österreich tätig. Wie haben Sie Österreich damals erlebt und wie erleben Sie es heute, gibt es Unterschiede?

Ashbel: Bei meiner Ankunft vor einem Jahr hatte ich das Gefühl, dass sich gar nichts geändert hat. Ich gehe in den Eissalon auf der Tuchlauben und da ist die gleiche Dame wie damals. Auf den zweiten Blick orte ich aber genau das Gegenteil. Wien war in den 80er Jahren für einen israelischen Diplomaten eine Sackgasse. Es lag am Ende der westlichen Welt, die Grenzen rundherum waren für mich geschlossen. Abgesehen von der Waldheim-Affäre war Wien auch keine internationale Stadt, trotz UNO-City. Das hat sich deutlich geändert. Allein die wöchentliche Beilage der New York Times im STANDARD bedeutet etwas. Es scheint heute den Bedarf dafür zu geben. Auch wenn das die Wiener nicht gerne hören, meiner Meinung nach wirkt die Stadt viel wohlhabender. Das passt zwar nicht

zum Wiener Raunzen, aber es ist eine Tatsache. Natürlich hat sich auch politisch viel geändert. Österreich ist heute EU-Mitglied und das hat einen Einfluss auf die Position des Landes. Auch durch die Ostöffnung hat sich für Österreich wirtschaftlich, politisch und kulturell enorm viel geändert.

NU: Es ist damals immer wieder auch zu antisemitischen Äußerungen gekommen.

»Ich habe aber doch das Gefühl, dass österreichische Politiker immer noch ein Problem damit haben, das Wort Jude in den Mund zu nehmen.«

Ashbel: Auch damals habe ich meine Wege gefunden, mir Gehör zu verschaffen, Gespräche zu führen. Ich glaube, der Unterschied zwischen mir und einem österreichischen Juden ist der, dass man mich mit Israel identifiziert. Wenn man mir gegenüber

kritisch ist, steht man Israel kritisch gegenüber. Ich denke, es wird sich jeder hüten, in meiner Gegenwart antisemitische Äußerungen zu machen. Daher habe ich es weder damals klar und deutlich gespürt, noch heute. Aber ich glaube, dass heute im Gegensatz zu damals in einer renommierten österreichischen Tageszeitung kein Artikel erscheinen könnte, in dem ein israelischer Journalist, der einen bösen Artikel über Alois Mock geschrieben hat, als Brunnenvergifter bezeichnet wird, und die Kultusgemeinde aufgefordert wird, sich für den Artikel des israelischen Journalisten zu entschuldigen. Ich glaube auch, dass Erscheinungen wie Kampl und Gudenus damals anders behandelt worden wären als heute. Man hätte darüber Gras wachsen lassen. Ich habe aber doch das Gefühl, dass österreichische Politiker immer noch ein Problem damit haben, das Wort Jude in den Mund zu nehmen.

NU: Also ist die Situation heute besser?



Ashbel: Heute ist die Bereitschaft da, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen. Ich habe eine sehr rührende Erfahrung gemacht in einem Gymnasium im 4. Bezirk in Wien, das 150-Jahr-Feier hatte. Dort waren 1938 vierzig jüdische Kinder von der Schule gewiesen worden. Die ganze Schule hat zwei Jahre lang die Schicksale dieser Kinder und deren Familien erforscht. Die Feier war sehr emotional. Die Geschichten der Kinder wurden vorgetragen, dann die Namen der jüdischen Kinder über Lautsprecher verlesen. Je ein Kind trug das Namensschild eines Vertriebenen und ging nach dem Aufruf ganz still aus dem Saal. Da blieb bei den Anwesenden kein Auge trocken.

NU: Vor kurzem gab es aber doch einen „Heil“-Sager, für viel mediale Aufregung hat er nicht gesorgt ...

Ashbel: Ja, ja, ich weiß, in den Tiroler Bergen sagt man ständig „Heil“. Simon Wiesenthal hat über Waldheim gesagt hat, er sei ein österreichisches Problem. Ich glaube, dass Antisemitismus das Problem derjenigen ist, die daran erkrankt sind. Ich glaube nicht, dass so ein „Heil“-Ruf heute die jüdische Gemeinde in

Österreich bedroht. Leider zeigt er, dass einige noch immer aus der Geschichte nichts gelernt haben und nicht zu einer offenen Gesellschaft bereit sind. Und zu meinem Bedauern kann man mit nationalistischen Parolen immer noch Menschen anfeuern. Das ist gefährlich für die Gesellschaft.

NU: Was kann man Ihrer Meinung nach tun?

»Es darf nicht akzeptiert werden, dass eine politische Einheit – in dem Fall die Palästinensische Autorität – das Recht ihres Nachbarn zu existieren nicht akzeptiert.«

Ashbel: Die einzelnen Erscheinungen muss man bekämpfen. Ich sehe in ihnen aber keine Lebensgefahr. Was mich aber zum Beispiel stört: Vor zwei Wochen war ich bei der Gedenkfeier in Mauthausen. Am Eingang gibt es ein Schild aus dem Jahr 1947 auf Deutsch und Russisch mit einer Auflistung der Opfer nach Nationen. Darauf ist keiner der 20.000 Juden erwähnt. Jetzt kann man den

Opferorganisationen, die das 1947 verfasst haben, vielleicht keinen Vorwurf machen, aber dass man bis heute keine zusätzliche Tafel angebracht hat, die an die jüdischen Opfer erinnert, damit habe ich ein Problem.

NU: Die Stimmung in Österreich ist besonders Israel-kritisch. Woran liegt das?

Ashbel: Europäische Politiker erwarten von uns Dinge, die sie von unseren Nachbarn nicht erwarten. Das ist unfair. Ich war Koordinator in der Euro-Mittelmeerpartnerschaft, bevor ich nach Wien kam. Da war zum Beispiel ein Programm über die Rolle der Frau in der Wirtschaft geplant, das von Europa finanziert werden sollte. Einer der arabischen Botschafter protestierte und meinte, das Programm sei gegen seine Kultur. Die Europäer hätten sagen müssen, wenn ihr glaubt, es ist gegen eure Kultur, dann streichen wir das Programm und seine Finanzierung. Erledigt. Nein, die Europäer versuchten, das Programm zu fördern, obwohl sie wussten, dass die Führung in diesem Land alles tun würde, damit es scheitert. Da liegt das Problem. Bei Israel wird immer argumentiert, wir seien wie die Europäer. Das

mag ja sein, aber wir leben in einer anderen Nachbarschaft. Wir haben weder die Slowakei, noch Tschechien noch Ungarn oder Deutschland als Nachbarn, wir haben andere Nachbarn.

» Hamas will sich weder an das halten, was die vorherige Regierung ausgemacht hat, noch das Existenzrecht Israels anerkennen, noch will sie sich vom Terror distanzieren.«

NU: Werden Sie oft auf den Sperrwall angesprochen? Wie reagieren Sie darauf?

Ashbel: Die israelische Haltung ist klar, gerade Sharon war dagegen, die Gegner des Projekts haben argumentiert, man zerstöre damit den Traum von „Groß-Israel“. Sharon kam dann zu dem Schluss, dass man die israelische Bevölkerung vor Terroranschlägen schützen müsste, ohne zusätzlich Blut zu vergießen, und man ein Mittel wählen soll, das man auch wieder beseitigen kann.

NU: Das Weiterkommen ist aber doch schwierig, Israel und die Hamas als gewählte Palästinenserführung müssen in Zukunft in irgendeiner Form zusammenarbeiten. Wie kann das funktionieren?

Ashbel: Die Frage stellt sich nicht. Es ist das volle Recht der Palästinenser, die Regierung zu wählen, die sie wollen. Es ist auch zugleich in der internationalen Gesellschaft angebracht, dass jede Regierung die Verpflichtungen der vorherigen übernimmt. Wenn es in Österreich einen Regierungswechsel gibt, kann die neue Regierung nicht sagen, wir halten uns nicht an die bisherigen Abkommen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass eine politische Einheit – in dem Fall die Palästinensische Autorität – das Recht ihres Nachbarn zu existieren nicht akzeptiert. Das Recht! Da muss ich Außenministerin Plassnik ein Kompliment machen, die immer vom „Existenzrecht Israels“ spricht, weil die Araber oft sagen: „die Existenz Israels“. Was heißt das, die Existenz eines anderen muss man ja anerkennen. Hamas will sich weder an das halten, was die vorherige Regierung ausgemacht hat, noch das Existenzrecht Israels

anerkennen, noch will sie sich vom Terror distanzieren. Und dann werden wir gefragt, wie man mit dieser Regierung zurechtkommen kann.

NU: Kann die EU in diesem Konflikt überhaupt noch etwas bewegen?

Ashbel: Die EU hat die neue Palästinenserregierung aufgefordert, diese Bedingungen zu akzeptieren, dann wäre der Weg frei für Gespräche. Gleichzeitig verhalten sich aber einzelne Staaten seltsam. So hat Schweden einem Hamas-Minister ein Visum erteilt, wo doch die Hamas laut EU eine Terrororganisation ist. Hier schießt sich Europa selbst ins Bein. Entweder ich bekämpfe den Terror oder ich gebe ihm nach. Ähnlich ist es auch mit der Finanzierung. Jetzt wird immer wieder von einer humanitären Katastrophe gesprochen. Ich glaube, dass die Verantwortung für die humanitäre Situation in den Händen der Palästinenserregierung liegt, und wenn diese Regierung sagt, mir ist es egal, dass meine Leute hungern, so lange ich das Existenzrecht Israels nicht anerkenne, dann trägt sie die Verantwortung. Israel wird den Palästinensern helfen, ihre Grundbedürfnisse zu decken – Elektrizität, Wasser, medi-





zinische Versorgung. Diese Gelder gehen direkt an die Spitäler oder Energieunternehmen und damit erfüllen wir unseren Teil, dass die humanitäre Katastrophe nicht passiert. Es ist wichtig, dass die internationale Gemeinschaft den Palästinensern klar macht, ihr könnt wählen, wen ihr wollt, wir akzeptieren eure Wahl, aber Demokratie endet nicht damit, dass man den Stimmzettel in die Urne wirft, sondern ein demokratisches System hat auch Verpflichtungen.

NU: Die israelische Gesellschaft ist seit Jahren von Krieg und Terror bedroht, wie hat sich das auf die Menschen ausgewirkt? Gibt es eine Diskussion darüber, ob das die Menschen und ihren Umgang miteinander verändert?

»Um Euer normales Leben beneide ich Euch. Man geht sorglos auf der Straße, von einem Lokal zum anderen.«

Ashbel: Es hat sicher einen Einfluss auf die Gesellschaft, auf das Leben.

Bevor ich hierher kam, hatte ich einen Posten, der mich öfter nach Europa brachte. Den Kontrast merkt man dadurch viel stärker. Das war ein komisches Gefühl. In Europa konnte ich ins Kaffeehaus gehen, ohne dass mich jemand befragt, oder in einen Supermarkt, ohne dass man meine Taschen durchsucht. Da ist mir aufgefallen, dass DAS eigentlich das normale Leben ist. Dass das auch seelische Auswirkungen hat, ist keine Frage. Um Euer normales Leben beneide ich Euch. Man geht sorglos auf der Straße, von einem Lokal zum anderen. Wenn man ein Sommerfest veranstaltet, ist die einzige Sorge, dass es regnen könnte – eine Sorge, die wir nicht haben. Mein Sohn ist während der zweiten Intifada einmal heimgekommen und hat gesagt: „Heute habe ich etwas Tolles erreicht. Ich bin mit dem Bus gefahren und sogar angekommen.“ Es ist eine Last, die wir alle gemeinsam tragen und die uns voll bewusst ist. Das wollen wir ändern.

NU: Der iranische Präsident fordert die Vernichtung Israels, es vergeht kein Tag, an dem er nicht dazu aufruft, erst vor kurzem im indo-

nesischen Fernsehen, wo er auf viel Zustimmung gestoßen ist. Fühlen Sie sich persönlich durch seine Aussagen bedroht?

Ashbel: Von den Aussagen weniger, aber von dem, was dahinter steht, schon. Wir sind wie der Prophet, dem über viele Jahre nicht zugehört wird. Wir warnen schon lange vor der Gefahr, die besteht, und ich glaube, aus kurzfristigen wirtschaftlichen Gründen wollte man nicht hören. Was der Präsident des Iran von sich gibt, so furchtbares sich anhört, die Worte sind nicht gefährlich. Gefährlich ist, dass er

Dan Ashbel wurde 1949 in Israel geboren. Seine Eltern stammten ursprünglich aus Deutschland und waren vor den Nazis in die Mandschurei geflüchtet. Dan Ashbel war von 1973 bis 1975 Lehrer, seitdem im Diplomatischen Dienst in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den USA tätig sowie Ausbilder in Israels College für Nationale Sicherheit. Seit März 2005 ist er Botschafter in Wien.

versucht, auf jedem Weg Atomwaffen zu bekommen, und dass er droht, sie anzuwenden. Natürlich wird der Europäer sagen, was geht mich das an? Im Großen und Ganzen werden die Israelis bedroht. Mit dem, was er heute zur Verfügung hat, kann er jedoch auch Europa erreichen. Was als viel wichtiger gesehen werden muss als die Aussagen gegenüber Israel und den Juden, ist, dass er sagt, was er glaubt. Er glaubt an die Wiederkehr des 12. Imam, der nach einem Krieg zwischen den Zivilisationen kommen soll. Die ganze Welt würde dann islamisch sein. Dahinter steht eine fanatische Haltung, die für das gesamte internationale System gefährlich ist. Wenn er zur Vernichtung Israels aufruft, sagen viele, der sei nicht ernst zu nehmen, er sei verrückt. Aber es endet nicht damit, dass er verrückt ist. Dahinter steht ein Plan, eine Überzeugung, die gefährlich ist, und die bekämpft werden muss, nicht nur von Israel.

NU: Man hat nicht den Eindruck, dass Teheran sich durch irgendwelche Drohungen mit diplomatischen Mitteln zu einem Einlenken bewegen lässt. Welche diplomatischen Hebel hat man noch in der Hand?

Ashbel: Seit der Zerstörung des zweiten Tempels ist die Kraft der Prophezeiung den Narren übergeben. Daher werde ich sehr vorsichtig damit sein. Der Iran und die Hamas zerfasern die so genannten roten Linien. Sie überschreiten die rote Linie nicht in einem Schritt, nein sie zerfasern sie. Die bequeme industrielle Welt. Bis man zu dem Punkt kommt, wo es zu spät ist. Man spielt auch in der Öffentlichkeit mit der Ölkrise, die vor dreißig Jahren stattgefunden hat. Wir denken immer noch an das Jahr 1973, als die Autobahnen leer waren, weil es kein Benzin gab. Aber der Iran kann nicht auf seinen Ölfässern sitzen bleiben. Das ist auch dem Iran bewusst. Hier muss es also eine konsequente Haltung geben. Und das ist das tatsächliche Problem. Sobald die iranische Führung spüren würde, dass diese Haltung ihr schaden würde, dann würde sie auch anders vorgehen. Es gab ja schon Beispiele, wo die EU ohne Zögern Sanktionen durchgeführt hat, denken Sie nur an die EU-Beitrittsbestrebungen von Serbien.

NU: Was sagen Sie jenen, die ein „Gleichgewicht des Schreckens“ fordern, also unter dem Motto, es solle nicht nur Israel über Atomwaffen verfügen sondern auch arabische Länder?

»Ein Iran, der Atomwaffen besitzt, ist eine Gefahr für die Region, für die direkten Nachbarn und weit über die Region hinaus.«

Ashbel: Es ist schon oft gesagt worden: Es wird nicht Israel das erste Land in dieser Region sein, das Atomwaffen einsetzt. Ein Iran, der Atomwaffen besitzt, ist eine Gefahr für die Region, für die direkten Nachbarn und weit über die Region hinaus. Ich glaube nicht, dass Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien oder Dubai daran interessiert sind, dass sie einen Iran mit Atomwaffen als Nachbarn haben.

NU: In Israel sind die Wahlen geschlagen, die Regierung steht, und man registriert viele „Neulinge“ auf Schlüsselposten. Als besonders gewagt gilt die Ernennung des linken Gewerkschafters und Arbeiterpartei-Chefs Amir Peretz zum Verteidigungsminister.

Ashbel: Es steht mir als Angestellter der Regierung nicht zu, politische Entscheidungen zu beur-

teilen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es schon mehrere Verteidigungsminister in Israel gab, die nicht aus dem Militär kamen, weder Ben Gurion war General, noch Peres, oder Lavon, Begin. Das heißt, die Frage der Sicherheit und der Verteidigung ist eine politische Frage. Peretz wird wie seine Vorgänger für die Sicherheit Israels sorgen, nicht weniger als jeder andere.

NU: Der Präsident der IKG hat den Plan, 8.000 bis 10.000 Juden aus dem Osten in Wien anzusiedeln, damit die jüdische Gemeinde hier bestehen bleibt. Wie beurteilen Sie das?

Ashbel: Ich glaube, dass ist eine Sache, die innerhalb der Gemeinde besprochen werden muss. Als Vertreter des Staates Israel würde ich mich freuen, wenn die Juden nach Israel kommen. Wir sind schon über dem Punkt, wo die Mehrheit der Juden in Israel lebt. Ob man eine Gemeinde so ausbauen will, ist eine Frage von interner, offener Diskussion. Mit all den Problemen, die wir haben, sind wir offen für alle. Wenn meine Eltern sich dort angepasst haben, dann können das andere auch.

NU: Das heißt, wir sollen die Koffer packen und kommen?

Ashbel: Ihr seid herzlich willkommen.



Chabad Lubavitch – eine chassidische Bewegung auf dem Vormarsch

Die innerjüdische Missionsbewegung Chabad Lubavitch boomt weltweit. Ein Blick auf die Entwicklungsgeschichte und den charismatischen Rebbe Mendel Menachem Schneerson, eingebettet in persönliche Erinnerungen.

VON KATJA SINDEMANN

Meine erste Begegnung mit Chabad Lubavitch fand im August 2000 in New York statt, während des „UN Millennium Peace Summit of Religious and Spiritual Leaders of the World“. Erstmals kamen Vertreter aller Religionen zu einem Gipfeltreffen unter UN-Patronanz zusammen, um gemeinsam eine Deklaration über den Beitrag der Religionen zum Weltfrieden zu erarbeiten. Beim Empfang nach der Auftaktveranstaltung stolperte ich über eine Gruppe orthodoxer Juden, in deren Mitte sich ein altherwürdiger Rabbiner mit schlohweißem langem Bart und warmherzigem Gesichtsausdruck befand. Es war der Oberrabbiner von Lettland, Natan Barkan aus Riga – ein Mitglied von Chabad Lubavitch.

Ich bat ihn um ein Interview, das er mir gerne gewährte. Anfangs erfolgte die Kommunikation über einen Dolmetscher: Ich stellte meine Fragen auf Englisch, der Dolmetscher übersetzte, er antwortete auf Russisch, der Dolmetscher übersetzte. Doch bald fing Barkan

an, gebrochen auf Deutsch direkt zu mir zu sprechen. Aus dem Interview war ein Gespräch geworden, oder besser gesagt eine persönliche Belehrung. Ohne dass es mir damals bewusst war, führte er mich in die Sichtweise von Chabad Lubavitch ein.

»Aus dem Interview war ein Gespräch geworden, oder besser gesagt eine persönliche Belehrung.«

Ob ich an Gott glaube? Ob es gut oder schlecht sei, dass heute so viele Paare unverheiratet zusammenleben? Dass es die gottgewollte Aufgabe einer Frau sei, zu heiraten, Kinder zu bekommen und diese religiös zu erziehen. Wie hätte ich ihm, eine junge, berufstätige, akademisch gebildete Frau plausibel machen können, dass es für uns einen leichter ist, auf den Mond zu fliegen, als den passenden Mann zum Heiraten und Kinderkriegen zu finden? Auch wenn mir seine Predigt konservativ und utopisch

vorkam, seine Warmherzigkeit und sein tiefer Glaube griffen mir ans Herz. Gerne hätte ich ihn auf der Stelle als Lieblingsopa adoptiert. Nur zögerlich trennte ich mich wieder von meinem Gesprächspartner, im Gefühl, kein Interview, sondern eine tiefe persönliche Bereicherung erfahren zu haben.

Von Osteuropa nach Brooklyn

Das Hauptquartier von Chabad Lubavitch befindet sich in Crown Heights, Brooklyn, einem heruntergekommenen Viertel von New York. Hier hat Mendel Menachem Schneerson (1902-1994) – von seinen Anhängern hochachtungsvoll „der Rebbe“ genannt – gelebt, von hier hat er seine Organisation zu einer erfolgreichen, weltweit operierenden, innerjüdischen Missionsbewegung aufgebaut. Heute sind Zentren von Chabad Lubavitch auf der ganzen Welt zu finden, in Amerika, Europa und in Asien. Besonders viele sind in den vergangenen Jahren in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion entstan-



FOTO ©: Lauder Chabad Campus Wien

Gebet am Lauder Chabad Campus in Wien

den. Mendel Menachem Schneerson stammt aus einer Familie von berühmten Talmudgelehrten und Kabbalisten, sein Urgroßvater war der dritte Rebbe von Chabad Lubavitch. Er selbst wurde 1902 im russischen Nikolajew in der Nähe des Schwarzen Meers geboren. Laut der Homepage des Berliner Zentrums tat er sich bereits in seiner Jugend durch seine Intelligenz, Thorakennntnis und Menschlichkeit hervor. Er studierte an der Berliner Universität und der Sorbonne in Paris. 1929 heiratete er Chaja Mussia, die Tochter des sechsten Rebben der Lubawitscher Chabad-Bewegung.

Gemeinsam mit seiner Frau floh er 1941 vor den Nazis über Paris nach New York, wo sich bereits sein Schwiegervater aufhielt. Unter dessen Leitung baute Schneerson mehrere Chabad-Organisationen auf: eine für Bildung, eine für Sozialdienste und einen Verlag. Ein wichtiges Ziel war, chassidische Gebetsbücher und Schriften in Umlauf zu bringen. Zahlreiche Juden in den USA waren

zu diesem Zeitpunkt arme, überwiegend aus Osteuropa stammende Flüchtlinge, die kaum ein Wort Englisch konnten. Schneerson erwies sich als hochgelehrter Autor von Kommentaren zu kabbalistischen und chassidischen Werken sowie als begnadeter Thora-Interpret.

»Der Lubawitscher Chassidismus wurde von Rabbi Schneur Zalman Ende des 18. Jahrhunderts gegründet, der seine Lehre ‚Chabad‘ nannte: Einsicht, Weisheit, Wissen.«

Entstehung in der Ukraine

Der Chassidismus entstand im 18. Jahrhundert in Osteuropa, initiiert von Israel Ben Eliezer, bekannt als Baal Schem Tow. Dieser berief sich auf die Kabbala, die mystische Lehre. Die Beziehung zu Gott sollte nicht nur durch das Studium von Thora und Talmud hergestellt werden,

sondern auch durch leidenschaftliches Beten, Singen, Tanzen und Ekstase. Dies war besonders für das ungebildete Volk wichtig. Der Rabbiner, der „Rebbe“, fungierte dabei als Mittler zwischen Gott und den Menschen.

Der Chassidismus teilte sich nach dem Tod des Baal Schem Tow in verschiedene Gruppen. Der Lubawitscher Chassidismus wurde von Rabbi Schneur Zalman Ende des 18. Jahrhunderts gegründet, der seine Lehre „Chabad“ nannte: Einsicht, Weisheit, Wissen. Ziel des Menschen ist, sich in einem lebenslangen Prozess mit Gott zu verbinden. Dabei spielen Selbstdisziplin und die Verbindung von Intellekt und Emotionen eine wichtige Rolle. Das Studium der Thora und die Einhaltung der Mitzwot führen den Gläubigen zur Erkenntnis. Dies unterschied Chabad Lubavitch von anderen chassidischen Bewegungen, die mehr die emotionale Gotteserfahrung betonten. Ein wichtiger Eckpfeiler war der Glaube an das Kommen des Messias. Nach dem Tod von Schneur Zalman, der sich



Rabbiner Schneerson in New York

in Lubavitch in der Ukraine niedergelassen hatte, übernahm sein Sohn die Führung – das Amt des Rebbe wurde erblich weitergegeben.

Von New York in die ganze Welt

1950 übernahm Mendel Menachem Schneerson nach dem Tod seines Schwiegervaters nach einigem Zögern als siebenter Rebbe die Leitung von Chabad Lubavitch. Sein Ziel war nun, nicht nur osteuropäische, sondern generell alle Juden religiös zu bilden. Anfangs wurden in Nordamerika in verschiedenen Städten Yeshivas gegründet, dann aber auch in anderen Ländern. Schneerson, der seine Arbeit als göttliche Aufgabe verstand, sandte Rabbiner in die ganze Welt. Obwohl die Bewegung unter seiner 40-jährigen Führerschaft explodierte und heute über 200.000 Mitglieder zählt, hat der Rebbe seinen Fuß kaum über Crown Heights hinausgesetzt. Er war beispielsweise nie in Israel, hat auch sonst keine Reisen unternommen. Er sei zu beschäftigt, hieß es aus seiner Umgebung.

Dennoch wurde er weltweit als herausragende Persönlichkeit und göttlich inspirierter Ratgeber verehrt. Bedeutende Personen aus aller Herren Länder pilgerten zu ihm nach Brooklyn. Er führte einen bescheidenen Lebensstil, arbeitete oft die ganze Nacht durch und hatte immer ein offenes Ohr für Rat- und Hilfesuchende. Begeisterte Anhänger schwärmten von seinen durchdringenden blauen Augen, in denen Liebe und Weisheit strahlen würden. Amerikanische Präsidenten wie Bill Clinton und George W. Bush versäumten nicht, Chabad Lubavitch zu unterstützen.

Junge Ehepaare missionieren

Ziel der Bewegung war und ist, das Judentum – in seiner orthodox-chassidischen Form – unter den Juden weltweit zu verbreiten. So werden begeisterte junge Ehepaare, Schlichim („Gesandte“), nach ihrer Ausbildung in eine fremde Stadt geschickt, um dort ein neues Zentrum aufzubauen. Oft bekommen sie nur ein kleines Startgeld mit, dann müssen sie von der Unterstützung ansässiger Juden bzw. den Spenden für ihre Tätigkeit leben. Sie bieten religiöse Dienste wie Thora- und Talmundunterricht an, Hebräisch-Unterricht, Belehrung über koschere Ernährung und Küche, die Durchführung von Gottesdiensten, Segnungen und das Feiern der Festtage. Auch spezielle Angebote für jüdische Frauen gehören dazu. Schminktipp und Kochrezepte werden mit Vorträgen über die Rolle der Frau im Judentum verknüpft. Anfangs findet der Unterricht in der eigenen Wohnung statt, wenn sich die Anhängerschaft vergrößert, wird ein eigenes Zentrum errichtet. Ziel der Schlichim ist, säkulare Juden wieder für ihre Religion zu gewinnen. So haben sie in den USA regelmäßig Menschen auf der Straße angesprochen, ob sie jüdisch seien. Wenn ja, werden die Männer auf-

»Er führte einen bescheidenen Lebensstil, arbeitete oft die ganze Nacht durch und hatte immer ein offenes Ohr für Rat- und Hilfesuchende.«

gefordert, zu den Gebetszeiten die Gebetsriemen anzulegen. Frauen und Mädchen werden angehalten, die Schabbat-Kerzen zu zünden.

Erstaunlicherweise hatten die zunächst belächelten Missionare großen Erfolg. Viele moderne Juden, die ihrer Religion entfremdet sind, sind jedoch noch an die Erzählungen und Rituale ihrer Großeltern erinnern können, empfinden einen emotionalen Verlust darüber, die Tradition nicht fortgeführt zu haben. Sie möchten an die

Religion anknüpfen, die sie teilweise kaum mehr kennen. In den USA ist inzwischen in jeder größeren Stadt ein Chabad-Lubavitch-Zentrum zu finden. Ebenso in Europa.

Missionsarbeit in der Zentralschweiz

Bei meinem Aufenthalt im schweizerischen Luzern lernte ich das dortige Rabbinerehepaar von Chabad Lubavitch kennen. Ich sollte im Rahmen eines Forschungsprojektes des Religionswissenschaftlichen Seminars der Universität Luzern die ansässigen Religionsgemeinschaften dokumentieren. Also bat ich Rabbi Chaim Drukman um ein Gespräch. Vorsichtshalber zog ich einen langen schwarzen Rock an, verzichtete auf Schminke und band meine Haare streng zurück. Und war umso erstaunter: Die junge hübsche Rebbezen, seine Frau, trug Jeans, das lange dunkle Haar offen, von Perücke keine Spur, war geschminkt, natürlich und unkompliziert. Er durfte mir nicht die Hand geben – ich bin schließlich nicht koscher. Stattdessen reichte mir seine Gattin die Hand.

„Der Rebbe“



Drukman war jung, sympathisch und gern bereit, mich zu informieren. Er stammte aus Israel, hatte jedoch eine weltliche Karriere abgelehnt und sich stattdessen Chabad Lubavitch und der Missionsarbeit verschrieben. Seine Ehefrau war die Tochter des Chabad-Rabbiners aus Zürich. Er liebte mir auch gleich das Standardwerk von Sue Fishkoff, einer amerikanischen Journalistin: „The Rebbe's Army. Inside The World of Chabad-Lubavitch“. In weiterer Folge arbeiteten wir gut zusammen: ich drehte ein an einem anderen Tag nachgestelltes Schabbat-Essen bei ihnen zuhause, dann eine Sukkot-Feier, die er an einer öffent-



Unterricht am Lauder Chabad Campus in Wien

lichen Schule mit schweizerischen und israelischen Jugendlichen veranstaltete. Auch konnte ich eine besondere Spezialität von Chabad Lubavitch filmisch festhalten: das Aufstellen und Entzünden eines riesigen Chanukka-Leuchters mitten auf dem Luzerner Bahnhofplatz. Dieser Brauch wird bereits in allen amerikanischen Großstädten media- und öffentlichkeitswirksam durchgeführt.

Aspekte von Chabad Lubavitch

Inhaltlich lehrte Schneerson die Erwartung an den bald kommenden Messias, der eine Zeit der Befreiung und ein höheres Dasein bringen wird. Es sind jedoch die guten Taten der Juden, die das messianische Reich herbeiführen. Dem Rebbe wird höchste göttliche Autorität zugesprochen. Er gilt als Mittler göttlicher Weisheit und kann kraft dessen die Schriften im Sinn des Ewigen auslegen. Von Menachem Schneerson sind zahlreiche Wundergeschichten

und Wunderheilungen überliefert. Einige halten ihn daher auch für den Messias selbst, was zu Spannungen innerhalb der Organisation führte. Schneerson, dessen Ehe kinderlos blieb und dessen Frau 1988 starb, erlitt 1992 einen Schlaganfall, nach dem er nicht mehr sprechen konnte. Er starb 1994, ohne einen Nachfolger zu bestimmen. Für die meisten Anhänger war sein Tod ein tiefer Schock, nach dem sie verwaist zurückblieben, doch die Missionstätigkeit wurde fortgesetzt. Chabad Lubavitch vergrößert sich auch weiterhin.

»Es sind jedoch die guten Taten der Juden, die das messianische Reich herbeiführen.«

Ein Grund für den Erfolg von Chabad Lubavitch ist auch die Nutzung moderner Medien. Eine ausführliche Homepage, über die alle Zentren vernetzt

sind, die Online-Community der Schlichim, zentral produzierte, einfach gehaltene Informationszeitschriften sowie Videos helfen den Missionaren vor Ort, in Kontakt mit der Gemeinschaft zu bleiben und Infos für ihre Anhänger zur Verfügung zu haben. Doch den entscheidenden Part spielen immer noch die jungen idealistischen Ehepaare.

Heute gibt es mehr als 1.400 Chabad-Institutionen in 35 Ländern. Allein in Russland finden sich in 61 Städten Chabad-Zentren. In Österreich gibt es Chabad-Zentren in Wien und Salzburg, wobei es in Wien mehrere Institutionen gibt, vom Kindergarten über eine Schule und Akademie bis zur eigenen Synagoge.

WEB-TIPPS:

www.chabad.at
www.chabad.org
www.chabadswitzerland.com
www.lubavitch.com

„Wir müssen Verantwortung übernehmen“

Die Stadt Wien hat in jüngster Zeit viele Aktionen unterstützt, die auf das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus hinweisen. NU hat dazu den Wiener SPÖ-Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny interviewt und mit ihm über seine persönliche Sicht der Vergangenheit, den Austrofaschismus, seine Beobachtungen in der Leopoldstadt und über den Schädel von Kara Mustafa gesprochen.

DAS INTERVIEW FÜHRTE PETER MENASSE.

FOTOS VON JACQUELINE GODANY

NU: In jüngster Zeit gab es viele Aktionen der Stadt Wien, die an die Vernichtung und Vertreibung der Juden erinnern wollten. Warum kommt das gerade jetzt? War die Gesellschaft früher nicht in der Lage, sich mit der Shoah zu befassen, oder sind es die derzeit handelnden Personen, denen die Erinnerung ein Anliegen ist?

Mailath-Pokorny: Na ja, ich glaube es ist wahrscheinlich von all dem etwas. Es ist mit Sicherheit auch eine Generationenfrage. Ich selbst bin insofern involviert gewesen, als ich die Rede des damaligen Bundeskanzlers Vranitzky mitformuliert habe, die er 1993 am Ölberg gehalten hat. Ich kann mich daran erinnern, dass wir sehr unsicher waren über die Reaktionen, die es nach der Rede in Österreich geben würde. Das alleine zeigt schon, wie viel sich da in den letzten 15 Jahren im Bewusstsein entwickelt hat. Es stimmt, wenn allgemein gesagt wird, dass die Wahl von Waldheim ein Wendepunkt war. Der Umgang Waldheims mit der Vergangenheit hat offensichtlich etwas

ausgelöst, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich war. Nämlich offene Worte zu finden, zu recherchieren, nachzudenken.

»Es stimmt, wenn allgemein gesagt wird, dass die Wahl von Waldheim ein Wendepunkt war.«

Nach der Rede des Bundeskanzlers in Jerusalem haben wir wirklich viele berührende, positive aber auch kritische Worte und zum Teil verzweifelte Post von Überlebenden des Holocaust auf der ganzen Welt bekommen, so dass wir damals im ersten Moment gar nicht in der Lage waren, diese teilweise sehr langen Briefe gleich zu beantworten. Wir haben daher in der Folge nach Mitteln und Wegen gesucht, wie man das einmal strukturell erfassen kann und überhaupt in Kontakt tritt zu den Menschen. Wir sind dann darauf gekommen, dass wir nicht einmal wussten, wie viele Überlebende

es überhaupt noch auf der ganzen Welt gibt, geschweige denn, dass sie in irgendeiner Weise datenmäßig erfasst gewesen wären.

So haben wir also begonnen, ein Büro einzurichten, und haben in Pappkartons eine Art Archiv angelegt. Und das waren für mich wirklich berührende Momente, über die einzelnen Schicksale zu lesen und zu versuchen, sich in die Menschen hineinzudenken. Das Datenmaterial und das Fotomaterial war dann auch der Grundstock für den späteren Nationalfonds. Wir haben erst damals, also Mitte der 1990er Jahre, erstmals an die Überlebenden Briefe geschrieben. Wir Österreicher haben begonnen zu reagieren und endlich zu sagen „Wir wissen, dass es euch gibt.“ Damals sind wir auch darauf gestoßen, wie viele Zwangsarbeiter es gab, und dass das alles überhaupt nicht im Bewusstsein der Menschen war, und ich muss gestehen – ich war damals ungefähr dreißig Jahre alt – auch nicht in meinem.





NU: Warum engagieren Sie sich? Ist das etwas, was Sie von zu Hause mitbekommen haben, oder Resultat einer späteren Sozialisation?

Mailath-Pokorny: Ich muss sagen, die nationalsozialistische Vergangenheit war im Grunde kein Thema. Es gab in meiner Familie keine Nazis. Es gibt eine angeheiratete jüdische Tante, aber auch mit ihr wurde die NS-Zeit nicht thematisiert. Ich bin dann eigentlich erst im Rahmen der Schule auf die Geschichte aufmerksam gemacht worden, und hatte da das Glück, wahrscheinlich im Unterschied zu vielen anderen Menschen, in ein politisch bewusstes Schulumfeld hineinzukommen, wo wir im Geschichtsunterricht Holocaust und Nationalsozialismus ausführlich behandelt haben.

NU: Was war das für eine Schule?

Mailath-Pokorny: Das Akademische Gymnasium. Ich habe dort in Geschichte maturiert und konnte damals schon eine kleine Seminararbeit zum Thema „Faschismus in Österreich“ verfassen. Da stieß ich auch auf bis heute totgeschwiegene Aspekte des Ständestaats, die meiner Ansicht nach noch der Aufarbeitung harren. Ich glaube, es ist in Österreich gesamtgesellschaftlich eher möglich, über den Nationalsozialismus zu publizieren und öffentlich zu diskutieren als über den Austrofaschismus. So lange wir jedoch diese historische Periode nicht in einer ähnlichen Weise analysiert und kollektiv besprochen und auch

Verantwortung übernommen haben, werden wir uns mit dem Verständnis und der produktiven Bewältigung der Geschichte weiterhin schwer tun.

NU: Lässt sich heute noch Verantwortung für eine so lange zurückliegende Geschichte übernehmen?

»Ich halte nichts vom ‚Entschuldigen‘, denn es wäre absurd zu glauben, man könne sich entschuldigen, wenn man einen Menschen umgebracht oder ihn seines Vermögens beraubt hat.«

Mailath-Pokorny: Ich glaube, dass es eine zentrale Frage ist, diese Verantwortung zu übernehmen. Ich halte nichts vom „Entschuldigen“, denn es wäre absurd zu glauben, man könne sich entschuldigen, wenn man einen Menschen umgebracht oder ihn seines Vermögens beraubt hat. Verantwortung übernehmen heißt, erstens zu wissen, dass es geschehen ist, zweitens zu wissen, wo man lebt und was die Gesellschaft sich angeeignet hat, und drittens natürlich auch so etwas wie eine Kultur der Erinnerung zu pflegen und eben nicht zu vergessen.

NU: Sie haben vor kurzem einen Thora-Mantel, der von der Zerstörung durch die Nazis bewahrt werden konnte und über Umwege an das

Jüdische Museum gekommen ist, seinen Besitzern, der New Yorker Familie Bauer-Wesel, zurückerstattet. Wie war die Stimmung bei dieser Übergabe?

Mailath-Pokorny: Es war eindrucksvoll. Ich habe mich familiär aufgenommen gefühlt und war emotional stark berührt, als ich gemerkt habe, dass ein im Grunde materiell nicht sehr wertvolles Stück von 50 oder 70 Nachfahren, Familienmitgliedern, Freunden auf so eine freudige Art empfangen wurde. Es wurde mir auch so liebevoll gedankt, obwohl meine einzige Tat darin bestanden hatte, dass ich das ganze physisch über den Atlantik gebracht habe.

Aber es ist auch diese ungeheure Verbundenheit mit der Wiener Kultur, die mich immer wieder anspricht und mich in größtes Erstaunen versetzt. Dass Menschen, die nichts als ihr Leben retten können, Menschen, deren Familien ausgerottet worden sind, sich immer noch kulturell so stark verbunden fühlen, ja sich bemühen Deutsch zu sprechen oder ungeheuren Anteil nehmen an der Kultur. Sie haben mich zum Beispiel gefragt, was im Burgtheater gespielt wird. Diese jüdische Kultur ist ein so wesentlicher Bestandteil des Wiener Lebens.

Ich wohne selbst im zweiten Bezirk und erlebe in den letzten Jahren, dass dort eine sehr differenzierte jüdische Kultur entsteht. Sei es, weil das eine oder andere Geschäft aufmacht, sei es, weil auch orthodoxe Jüdinnen und Juden dort selbstverständlich zum Straßenbild gehören und dass es sich auf eine sehr schöne Art und Weise mischt. Fast könnte man den Eindruck haben, man lebe in einem Teil von New York mit all den unterschiedlichen Ethnien, Religionen und Sprachen. Das gibt ein eigenes, freundliches Lebensgefühl.

NU: Apropos Leopoldstadt: Es gibt einen Beschluss, dass die Ichmannngasse zur Wiesenthalgasse umbenannt werden soll. Ein jüdisches Zentrum würde sich ja tatsächlich nicht gut in einer Gasse ausmachen, die nach einem Antisemiten benannt ist. Ein anderer Antisemit und

Hassprediger aus dem 17. Jahrhundert, Johann Ignaz Arnezhofer, darf seine Gasse im zweiten Bezirk behalten. Warum ist das so?

Mailath-Pokorny: Na ja, auch bei den Straßennamen gibt es das Problem des mangelnden Wissensstands. Wir machen uns erst nach und nach Dinge bewusst und können dann unsere Konsequenzen daraus ziehen. Bei Ichmann haben wir aus Erkenntnissen deutscher Archivbestände erfahren, dass der Mann ein bekennender Nationalsozialist war.

Wir sind in Wien allerdings zurückhaltend, was Umbenennungen betrifft. Es gibt eine langjährige und langwierige Debatte um den Lueger-Ring, wobei ich die Meinung vertrete, dass es bei so vielen Persönlichkeiten, die in der Wende zum 20. Jahrhundert politisch tätig waren, auch bei vielen Sozialdemokraten, die eine oder andere antisemitische Äußerung gegeben hat, dass wir, wenn wir das Maß streng anlegen, großflächig Straßen und Plätze umbenennen müssten. Und daher muss man eine Grenze ziehen zu jenen, die bekennende Nationalsozialisten oder Kriegsverbrecher waren.

Umgekehrt muss man sagen, dass jemand wie Wiesenthal, der so viel für die Gerechtigkeit getan und der den Namen der Stadt Wien hervorragend vertreten hat, eine Ehrung in dieser Form bekommen muss. Es ist im Übrigen nicht ganz klar, wo diese Simon-Wiesenthal-Gasse sein wird, da sich auch der erste Bezirk um eine Gasse bemüht beziehungsweise auch eine Umbenennung des Albertina-Platzes im Gespräch ist. Allerdings weiß ich, dass Wiesenthal große Vorbehalte gegen das Denkmal dort hatte.

NU: Zum neu erwachten jüdischen Leben in der Leopoldstadt noch eine Frage: IKG-Präsident Ariel Muzicant will mittels Werbeeinschaltungen 8.000 bis 10.000 Juden aus dem Osten nach Wien bringen, um die Gemeinde zu stärken. Was halten Sie von dieser Aktion?

Mailath-Pokorny: Im Grunde bereichert es auf jeden Fall die Stadt, wenn es hier wieder mehr Juden gibt. Als

Kulturstadtrat sage ich: Jeder zusätzliche jüdische Impact für Wien ist eine Bereicherung und das hat ja die Geschichte auch schon bewiesen. Daher denke ich, dass das eine unterstützenswerte Idee ist.

NU: Jetzt kommt das Mahnmahl für die homosexuellen und Transgender-Opfer auf dem Morzinplatz. Gibt es dazu aus der Bevölkerung schon Reaktionen?

»Jeder zusätzliche jüdische Impact für Wien ist eine Bereicherung.«

Mailath-Pokorny: Es handelt sich dabei um das Siegerprojekt eines Wettbewerbs. Es wird im Zuge einer anstehenden Sanierung am Anfang des nächsten Jahrs verwirklicht. Es ist mir deshalb wichtig, weil auch die Verfolgung der Homosexualität während des Nationalsozialismus ein völlig totgeschwiegenes Kapitel ist. Wir haben im Vorjahr dazu eine Ausstellung gemacht, wozu es noch nichts Vergleichbares gegeben hat. Der Titel war „geheimsache: leben“, weil das Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe tatsächlich als geheim gehandelt wurde. Mir war beim neuen Denkmal am Morzinplatz auch wichtig, dass das vorhandene nicht tangiert wird.

NU: Und gab es jetzt Reaktionen auf den „Rosa Platz“?

Mailath-Pokorny: Nein, überhaupt nicht. Ich scheue mich hinzuzufügen: zu meiner angenehmen Überraschung.

NU: Gab es Reaktionen auf die Aktion „Blumen der Erinnerung“, bei der Schülerinnen und Schüler 80.000 weiße Rosen vor die Häuser legten, in denen die Opfer der Nazis gelebt hatten?

Mailath-Pokorny: Ich war von dieser Aktion sehr beeindruckt. Ich wusste, dass in dem Haus, in dem ich jetzt wohne, viele Juden gelebt hatten. Aber dann eines Abends nach Hause zu kommen und dort einen ganzen Buschen von weißen Rosen zu finden, das ist schon ein sehr nachhaltiger Eindruck. Und dann fragen die Kinder, was da los ist, und man muss es ihnen erklären. Ich glaube, mit so etwas kann man wirklich Bewusstsein schaffen.

NU: Eine noch nachhaltigere Idee wäre der „Weg der Erinnerung“ (siehe Kasten). Wird es ihn geben?

Mailath-Pokorny: Ja, nächstes Jahr. Ich habe den Initiatoren signalisiert, dass ich daran Interesse habe. Ich halte das für eine sehr gute Idee, die einerseits auf eine wirksame, aber dann doch nicht überplakative Art und Weise zeigt, wo das jüdische Leben, wo die Verfolgung stattgefunden haben. Ich glaube, dass es einen Pfad geben wird, und von meiner Seite aus bin ich auch gerne dazu bereit, das zu unterstützen.





gestehen, ich weiß nicht, auf welche Weise diese Türkenbelagerung in der Schule behandelt wird. Aber natürlich ist das nach wie vor eine große Geschichte und wird weiterverbreitet. Ich werde das aber gerne aufgreifen und mit der Frau Stadtschulrats-Präsidentin gemeinsam beraten.

Weg der Erinnerung

Der „Weg der Erinnerung“ ist ein Projekt für die Leopoldstadt. In den Boden eingelassene Steine und an Hauswänden angebrachte Tafeln sollen die Orte des früheren jüdischen Lebens im Bezirk zeigen und die Geschichte der Vertreibung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung dokumentieren. Insgesamt sind drei Etappen geplant, deren erste von der U-1 Station Nestroyplatz bis zum Karmelitermarkt führen wird. Menschen, die ihren ermordeten Angehörigen eine Erinnerung setzen wollen, können sich an dem Projekt beteiligen. Die Eröffnung des ersten Wegs ist für den 12. November 2006 im Hof des Leopoldstädter Tempels geplant und wird zusammen mit ESRA gestaltet werden.

WEB-TIPP:

www.steinedererinnerung.net

Ich kann eine kleine Anekdote zu dem Ganzen beitragen. Es gab im Wien Museum über Jahrzehnte, immer wieder von Medien aufs Neue berichtet, die Geschichte eines Schädels, der angeblich jener des Kara Mustafa sein soll. Er wird dort in einem Schrein aufbewahrt und trägt um den Hals geschlungen eine Krause aus goldenem Zwirn.

Alle paar Jahre ist diese Geschichte aufgekommen. In wissenschaftlichen Kreisen hat es allerdings große Zweifel gegeben, dass es sich tatsächlich um Mustafas Schädel handelt. Zu diesem Ergebnis kam auch ein Symposium, das zu diesem Thema in der Türkei abgehalten wurde. Ich habe veranlasst, dass man den Kopf würdig im Zug einer ökumenischen Feier beerdigt, um eine weitere Mythenbildung und Zurschaustellung zu verhindern. Ich halte es jedenfalls für wirklich angebracht, dass man zu einer anderen, positiven Form des Umgangs miteinander kommt.

NU: In NU wurde Ende 2003 an Hand von Dokumenten aus dem Österreichischen Staatsarchiv gezeigt, dass Österreichs Kultfußballer Matthias Sindelar einem Wiener Juden, Leopold Drill, dessen Kaffeehaus zu einem Schandpreis abgekauft, also wie das in der Nazisprache heißt, es „arisiert“ hat. Der Vorsitzende der „Ehrengräber-Kommission“, Kurt Scholz, empfahl dennoch, ihm sein in der Nazi-Zeit verliehenes Ehrengrab zu belassen. Zählt gut kicken mehr als aufrecht leben?

Mailath-Pokorny: Meiner Meinung nach hat Sindelar, soweit mir das von der Aktenlage zugänglich ist, von der „Arisierung“ profitiert, ohne aber ein ausgewiesener Nationalsozialist zu sein, und er war gleichzeitig einer der besten Fußballer, den Österreich je hervorgebracht hat. Ich habe mich, und das sage ich durchaus bewusst, in diesem konkreten Fall der Empfehlung der Kommission angeschlossen, wenn ich auch sehe, dass das ein Grenzfall ist. Man hätte wahrscheinlich auch anders entscheiden können, aber für mich zählt in diesem Fall seine Bedeutung als Fußballer. Ich bin jedoch durchaus froh, dass durch eure Recherche – also ich wusste das vorher auch

nicht – im öffentlichen Bewusstsein die Faktenlage bekannt geworden ist. Ich glaube, man kann gleichzeitig jemanden verehren und würdigen, dass er ein hervorragender Fußballer war, und andererseits wissen, dass er Profiteur einer „Arisierung“ war.

NU: Ich möchte noch einen Punkt, der gerade aktuell ist, ansprechen, auch wenn Sie nicht direkt zuständig sind, nämlich diese ganze Integrationsdebatte. Was mir auffällt, ist, dass die große Identität stiftende Geschichte der Stadt Wien immer noch jene der Türkenbelagerung aus 1683 ist. Da hören die kleinen Kinder und unter ihnen auch die türkischstämmigen noch heute, dass die Türken Feinde sind. Könnte man den Unterricht an den Volksschulen in dieser Hinsicht nicht einmal auf die heutige Zeit adaptieren?

Mailath-Pokorny: Das stimmt mit Sicherheit – auch und gerade wenn man weiß, dass es im östlichen Österreich praktisch in jedem zweiten Dorf Türkenstürze und Türkenraubbringe und jeweils furchtbare Sagen dazu gibt. Da haben sie die Türken hinuntergestürzt und mit Pech überschüttet und was weiß ich was alles. Das ist sicher eine Anregung, ich muss

Die Topografie des Grauens

Ein ungewöhnlich eindringliches Buch geht dem Schicksal ungarischer Juden nach, die in Niederösterreich von den Nazis zur Sklavenarbeit gezwungen wurden. Die Fotografin und Projektleiterin Maria Theresia Litschauer dokumentierte dabei zahlreiche Einzelschicksale. In Wort und Bild.

VON RAINER NOWAK

„In Wien hat man vielleicht etwas davon gemerkt. Da waren ja viele Juden. Aber bei uns am Land ...“. Es gehört zu den fixen Stereotypen Österreichs: Holocaust, Deportation, Kriegsverbrechen? Davon konnte man im „Hinterland“ des so genannten Dritten Reichs doch nichts mitbekommen. Eine glatte historische Lüge. Einem Beispiel für Verbrechen im ländlichen Raum widmet sich die Künstlerin, Fotografin und Forscherin Litschauer in ihrem eben erschienenen Werk „6/44 – 5/45. Ungarisch-Jüdische ZwangsarbeiterInnen“ in einer überraschend berührenden Art.

Litschauer, deren Fotos bereits in den ersten Galerien ausgestellt wurden, unternimmt hier die topografische Vermessung eines historischen Verbrechens: Sie dokumentiert das Schicksal ungarisch-jüdi-

scher Zwangsarbeiter, die zwischen Juli 1944 und Mai 1945 vor allem in Niederösterreich, aber auch in Wien eingesetzt waren. Einige von ihnen fanden dabei den Tod. Mühsam gestaltete sich für die Autorin die Recherche über das Schicksal der in 29 niederösterreichische Ortschaften verschleppten Juden. Auf der Suche nach Gräbern sei es meist bei vagen Hinweisen geblieben. Litschauer konstatiert daher einen eklatanten Mangel an Erinnerungs- oder gar Gedenkkultur in den kleinen beschaulichen Orten Niederösterreichs.

Dabei war die „Dimension“ der Ausbeutung und Ermordungen enorm: Mehr als 15.000 Juden wurden dem Waldviertel „zugeteilt“. Zynischerweise hatte ausgerechnet einer der Hauptverantwortlichen der Judenvernichtung, der Chef

des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, ein gebürtiger Österreicher, seiner alten Heimat die Ungarn als Arbeitssklaven „geschenkt“. Litschauer hat sich in ihrer aufwändigen Arbeit auf das Schicksal von 1.200 Opfern konzentriert, die in 31 Betrieben in 29 Ortschaften arbeiten mussten.

Das Buchprojekt Litschauers legt akribisch – und geradezu zur Selbst-Recherche vor Ort einladend – das Schicksal der verschleppten und zur Arbeit gezwungenen Juden Ort für Ort nach. In Altnagelberg etwa waren in der Glasfabrik Stölzle bis zu 75 Zwangsarbeiter eingesetzt, Familien inklusive. Das Buch erzählt dabei vom fanatischen Nazi, der „In die Juden gehört eine Panzerfaust“ brüllte, ebenso wie vom Arbeiter, der einen zehnjährigen „Zwangsarbeiter“ zur Seite gestellt bekam und Mitleid mit dem kleinen frierenden Buben hatte.

Lebendig werden die Geschichten durch Augenzeugenberichte und viele biografische Aufzeichnungen, die die Schicksale jedem Leser nahe bringen. Und vor allem sind da die eindrucksvollen Fotos Litschauers, die eigentlich das typische harmlose Niederösterreich zeigen, kleine mehr oder weniger benutzte Bahnhöfe. Nach Lektüre des Buchs wirken sie nicht mehr so harmlos.

Maria Theresia Litschauer

6/44 – 5/45

Ungarisch-Jüdische ZwangsarbeiterInnen. Ein topo/foto/grafisches Projekt, Wien 2006, Verlag Schönböck. Editor, 296 Seiten, 46,20 Euro, ISBN 3-85160-065-7

Der Bahnhof von Gmünd



FOTO ©: Maria Theresia Litschauer

Mittels „Mythos Opferrolle“ Restitutionsansprüche abgewehrt

Das Dorotheum definierte sich bis in die 1990er Jahre als Opfer des Nationalsozialismus. Diese Mythologisierung diente auch der Abwehr von Restitutionsansprüchen. Das ist eines der ernüchternden Ergebnisse im nun vorliegenden Historikerbericht „Zwischen Staat und Wirtschaft. Das Dorotheum im Nationalsozialismus“.

VON ALEXIA WEISS

Wer sich von dem Jahre lang erwarteten Bericht eine penible Dokumentation der über das Dorotheum „arisierten“ Werte erhofft hat, wird enttäuscht. Es finden sich in dem Report weder einschlägige Auktionslisten noch eine lückenlose Aufstellung von im NS-Regime Enteigneten, deren Hab und Gut mit Hilfe des Dorotheums den Besitzer wechselte. Viele Unterlagen seien nicht mehr zugänglich, argumentiert man im Auktionshaus. Bombenschäden hätten Material vernichtet, die Bürokratie der Nachkriegszeit habe in den sechziger Jahren weitere Geschäftsunterlagen skartiert.

Die Studienautoren Stefan August Lütgenau, Alexander Schröck und Sonja Niederacher haben sich daher vor allem auf die Fragen konzentriert, wie das Dorotheum zum Werkzeug der NS-Enteignungsmaschinerie wurde, wie es sich personell und hinsichtlich der Geschäftsabläufe in das System eingepasst hat und

wie es nach 1945 mit seiner Rolle im Nationalsozialismus umgegangen ist. Dazu das Fazit Lütgenaus: „Erst im Zusammenhang mit der Neubewertung und Neubetrachtung der Zeit des Nationalsozialismus und der Restitutions- und Kompensationspolitik der Zweiten Republik Ende der 1990er Jahre trat auch im Dorotheum ein Kurswechsel ein, der nach dem Eigentümerwechsel (das Auktionshaus wurde 2001 privatisiert, Anm.) noch verstärkt wurde.“

In der Ersten Republik und in den Jahren des Austrofaschismus bildete das Pfandgeschäft die wirtschaftliche Basis des Dorotheums. Mit dem „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland 1938 sowie dem beginnenden Weltkrieg nahm dieser Geschäftsbereich jedoch rapide ab. Das Dorotheum musste sich neu orientieren. Es galt andere profitable Geschäfte zu machen. Diese wurden vor allem im Bereich der hochwertigen Kunstobjekte gesehen.

Zeitgleich wurde das Personal des Auktionshauses ausgewechselt: Die bereits seit Beginn der 1930er Jahre innerhalb des Dorotheums gut organisierten Nationalsozialisten sorgten für eine entsprechende durchgehende „Säuberung“.

Die strategische Neuausrichtung verzögerte sich jedoch bis in die Jahre 1942/43. Die Konjunkturlage hatte sich quasi von selbst entspannt – der Grund: die Verwertung von NS-Raubgut aus jüdischem Besitz. Das Dorotheum wurde „zum Kollaborateur des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Ihm kam die Aufgabe zu, die enormen Massen an unterschiedlichstem mobilem Raubgut zu möglichst hohen Preisen zu verwerten“. Dadurch, dass sich das Auktionshaus nicht direkt an „Arisierungen“ beteiligte, habe es aber formal Distanz zu den Opfern gehalten, so die Autoren des Berichts.

Lediglich die Übernahme der Funktion als „öffentliche Ankaufsstelle“ für



FOTO ©: Dorotheum

Das Dorotheum in der Wiener Innenstadt

Schmuck und Edelmetalle im Rahmen der „§ 14-Ablieferungen“ (§ 14 des Artikels 4 der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938, Anm.) führte dazu, dass das Auktionshaus Verfolgten direkt gegenüber treten musste. Das Haus behielt als Provision für seine Dienstleistung für den Staat zehn Prozent des an die Opfer zur Auszahlung gelangenden, unangemessen niedrigen Ankaufsbetrags ein, während das Raubgut an die Behörden in Berlin oder an Schmelzen abgeliefert wurde. Insgesamt wurden mehr als 15.000 Ablieferungen nach § 14 im Dorotheum registriert.

„Das Kerninteresse des Dorotheums war es, Geschäfte zu generieren. Dabei nahm es in Kauf, dass die Habe der Vertriebenen und Deportierten ihren Weg durch das Dorotheum nahm“, so die Historiker. Ganz anders dann die Rückblende nach 1945: Unter Ausschaltung jeglicher eigenen Aktivität und Kontrollmöglichkeit durch die Reichsstellen sei das Haus zu einem NS-Instrument umgeformt worden, hieß es. Das Unternehmen als Opfer also.

„Diese Lesarten der NS-Geschichte des Dorotheums sind als Mythen zu

bezeichnen“, heißt es in dem Report ganz klar. Denn: „Das Dorotheum zeigte bei der Umsetzung der Geschäfte mit Raubgut keine ambivalente Haltung, sondern nutzte das Angebot des Staates, wo immer es ihm betriebswirtschaftlich sinnvoll erschien.“

Das Selbstbild als Opfer führte nach 1945 allerdings zur Abwehr von Restitutionsansprüchen. So heißt es in dem nun erschienenen Historikerbericht: „Ansprüche auf Restitution und Entschädigung lehnte das Dorotheum grundsätzlich ab und es war überdies bereit, seine MitarbeiterInnen in dieser Problematik zu schützen. Diese Ablehnung ging so weit, dass das Haus in Konflikt mit dem österreichischen Recht – d.h. der Verpflichtung zur Anmeldung von entzogenem Vermögen nach der Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung (VEAV) – kam.“ Nachsatz der Studien-Autoren: „Der teilweise Nicht-Vollzug des geltenden Rückstellungsrechts der Republik war jedoch weit verbreitet und kennzeichnend für die Haltung von Firmen und Privatpersonen in Österreich zur Restitution.“

Kurz nach der Privatisierung des Dorotheums – es ist nun Teil der

Soravia Gruppe – wurden als „symbolischer Akt gegenüber den Opfern und Nachkommen“ 32 Millionen US-Dollar aus dem Verkaufserlös des Auktionshauses in den 2001 eingerichteten Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus eingezahlt. Zudem wurde von der neuen Geschäftsführung eine eigene Abteilung für Provenienzforschung eingerichtet. Diese forscht aber nur bei aktuell eingebrachten Objekten zweifelhafter Herkunft nach. „Alte Fälle“ werden nicht neu aufgerollt – hier wird an den Entschädigungsfonds verwiesen.

Ex-SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky zollt dem Unterfangen Historikerbericht in einem Vorwort zur Studie dennoch Tribut. Es gehe „um Wahrheit“, meint Vranitzky. „Die Konstruktion der Unternehmensgeschichte des Dorotheums ist zugleich die Dekonstruktion dieser immer wieder erneuerten Mythen.“ Denn: „Das österreichische Führungspersonal des Dorotheums wusste, was man im Dritten Reich von ihm erwartete und erbrachte seinen Beitrag zur Ökonomisierung der Vernichtung der europäischen Juden. Wie und innerhalb wie langer Zeit die Zweite Republik sich damit beschäftigte, ist mittlerweile bekannt.“

WEB-TIPPS:
www.dorotheum.at
www.oldenbourg.at

Stefan August Lütgenau, Alexander Schröck, Sonja Niederacher: „Zwischen Staat und Wirtschaft. Das Dorotheum im Nationalsozialismus“, R. Oldenbourg Verlag, Wien 2006, 495 Seiten, 39,80 Euro, ISBN 3-7029-0542-1



„Das Schmerzensgeld ist sehr hoch, sodass man ruhig ein bisschen was aushalten kann“

„Die Masse, die Feuer legt, hält sich für unwiderstehlich. Alles wird zu ihr stoßen, während es um sich greift. Alles Feindliche wird von ihm vernichtet werden.“ Es war angeblich die ehemalige Rapid-Heimstätte „Pfarrwiese“, die den in unmittelbarer Umgebung wohnenden Elias Canetti zu seinem Klassiker „Masse und Macht“ inspiriert hat. Und tatsächlich: Kaum ein anderes Kollektiv lässt so viel Raum für sozialpsychologische Betrachtungen wie die Fanschar im Fußballstadion. Dabei verwirren vor allem die Widersprüche: Euphorie und Niedergeschlagenheit liegen genauso nah beieinander wie Völkerverständigung und Fremdenhass. Rapid-Präsident Rudolf Edlinger kann von dieser Achterbahnfahrt ein Lied singen: Der Meisterklub von 2005 – heuer nur abgeschlagener Fünfter – hat die besten Fans im Land. Und die gefürchtetsten.

DAS INTERVIEW FÜHRTE FABIAN BURSTEIN.

NU: Wir sprechen heute über die vielen kontroversiellen Seiten des Fußballs. Da drängt sich zunächst die Frage auf, was die Faszination des Sports ausmacht, dass man sich nach zig Jahren Politik auch noch den Job des Vereinspräsidenten antut.

Edlinger: Präsident bei einem Traditionsverein wie Rapid zu sein, ist ein sehr hartes Geschäft. Die Emotion spielt eine so große Rolle, dass man sich oft wundert, wie realistische Persönlichkeiten ihren Gefühlen und ihrer wirtschaftlichen Unvernunft freien Lauf lassen. Als ich gefragt worden bin, ob ich das Präsidentenamt übernehmen würde, gab es bei Rapid einige wirtschaftliche Eruptionen. Man hat mir zugebilligt, dass ich bei allem Fantum dafür Sorge, dass der Verein nicht in die Zahlungsunfähigkeit schlittert.

NU: Sie haben die Emotionalität angesprochen. Ist es da legitim, dass am Fußballplatz ein etwas rauerer Ton herrscht?

Edlinger: Da muss man unterscheiden: Ich glaube nicht, dass es sehr viele Fans gibt, die im direkten Gespräch von Fan zu Spieler ausfällig werden würden. Es existiert aber eine Art kollektive Aggressivität: Also die Tribüne, die etwas schreit, das wider die guten Sitten ist. Im Kollektiv ist man stark und aggressiv. Solange sich das auf verbale Emotionalität beschränkt, muss man damit umgehen können. Wenn es das Verbale überschreitet oder politische Randgruppen versuchen, ihr Süppchen zu kochen, muss man massiv dagegen einschreiten.

NU: Wir stehen vor einer WM unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Die akribische Vorbereitung auf Straßenschlachten wirkt da etwas paradox.

Edlinger: Wir leben in einer Zeit und in einem geografischen Raum, wo die demokratischen Systeme sehr stark gefestigt sind. Radikale

Elemente sind in der Regel hoffnungslose Minderheiten, die nur dann sichtbar werden, wenn sie bestimmte Ereignisse zum Anlass nehmen, um in Erscheinung zu treten. Insofern besteht kein Zweifel, dass unter Umständen rechtsradikale Minderheiten versuchen könnten, die Fußball-WM zu einer Bühne zu missbrauchen. Und da finde ich es auch richtig, dass sich die öffentlichen Instanzen darauf vorbereiten, um so was im Keim zu ersticken.

NU: Bundespräsident Fischer hat einmal gesagt, dass es ihm peinlich ist, wenn bei Länderspielen ein Pfeifkonzert die Gast-Hymne begleitet. Wie geht's dem Rapid-Präsidenten, wenn die Vorstellung der Gegner durch Schimpfwörter garniert wird?

Edlinger: Mir würde es persönlich niemals einfallen, bei einem Spieler vorweg Unmutsäußerungen zum Ausdruck zu bringen. Andere Leute sehen das anders. Wo es bei

der Verbalität bleibt, muss man es bei einem Sport wie Fußball einfach zur Kenntnis nehmen. Dort, wo die Grenzen der Verbalität überschritten werden, muss man einschreiten.

NU: Der Kapitän von Lazio Rom begegnet seinen Fans mit dem Faschistengruß, Barcelona-Stürmer Eto'o wäre unlängst wegen rassistischer Verhöhnungen fast vom Platz gegangen. Warum gibt es gerade beim Fußball die Tendenz, dass neben der emotionalen auch die politische Entgleisung hinzukommt?

Edlinger: Ich glaube nicht, dass man da von einer Tendenz sprechen kann. Wobei man immer wachsam sein muss. Mit einer bestimmten

Rudolf Edlinger (geb. 1940) absolvierte nach einer Ausbildung zum Lithographen die Handelsschule und später den Lehrgang für Werbung und Verkauf an der Hochschule für Welthandel. Seine Polit-Karriere startete er 1964 als Bezirkssekretär der SPÖ Währing. Mit 29 Jahren zog Rudolf Edlinger in den Wiener Landtag ein, 1986 schaffte er den Sprung in die Wiener Landesregierung, der er bis zu seiner Angelobung als Finanzminister angehörte. Die Liebe zum SK Rapid entdeckte Rudolf Edlinger als Sechsjähriger bei einem Besuch der legendären Pfarrwiese, frühere Heimstätte des Traditionsvereins. Auf Funktionärschicht ist der ehemalige NAC-Jugendspieler den Grün-Weißen seit 1989 verbunden. 2001 übernahm Edlinger das Amt des Vereinspräsidenten.

Quantität stellt man auch eine kollektive Anonymität her. Warum es das nicht bei anderen Sportarten gibt? Weil dort weniger Leute sind. Personen, bei denen man schon aufgrund ihres Aussehens davon ausgehen kann, dass sie rassistische Laute von sich geben, kommen leichter in ein Stadion mit 30.000 Leuten rein, als in eine Volleyball-Halle, wo 150 Leute sitzen. Außerdem brauchen diese Menschen ihr Publikum.

Wenn sich aktive Sportler derartig betätigen, dann ist das wirklich



FOTO ©: Fabian Burstein

extrem problematisch. Ich würde einen Spieler, der sich so benimmt, sofort hinausschmeißen. Und wenn er der Beste wäre. Unabhängig von der politischen Gesinnung: Neofaschisten liegen außerhalb des demokratischen Verfassungsbereiches. Das hat in so einem publikumswirksamen Bereich wie dem Fußball nichts verloren.

NU: Bei beiden Wiener Vereinen gibt es Minderheiten, die dieser Gesinnung nahe stehen. Hat der moderne Fußball Identitäten untergraben? Schließlich ist Rapid ein traditioneller Arbeiterverein und die Austria ein Klub mit jüdischer Verwurzelung. Nur dürfte das vielen Fans nicht bekannt sein.

Edlinger: Tendenziell ist das schon bekannt. Aber das spricht eigentlich für den modernen Fußball, dass diese Uraltparolen in der Versenkung verschwunden sind. Noch vor zehn bis fünfzehn Jahren hat es solche Sprechchöre gegeben. Die sind weg

und da bin ich sehr froh, weil sie den Fußball und sein Fantum in eine Richtung führen würden, die man bekämpfen müsste.

WEB-TIPPS:
www.skrapid.at
www.ray-magazin.at



FABIAN BURSTEIN arbeitet in der Werbung und schreibt überdies die monatliche Kolumne „TV-Protokolle“ im österreichischen Magazin ray (www.ray-magazin.at). Als Fan und Jahreskartenbesitzer des SK Rapid Wien erlebt er Woche für Woche die Höhen und Tiefen des heimischen Fußballs.

Wiens vergessener jüdischer Friedhof

Der jüdische Friedhof in Wien-Währing dokumentiert die Blüte des jüdischen Bürgertums in der Hauptstadt der Doppelmonarchie im 19. Jahrhundert. Das historische Monument ist kaum bekannt und dem Verfall preisgegeben, sein künftiges Schicksal ist ungewiss.

VON CHARLES E. RITTERBAND

„Betreten des Friedhofes aus sicherheitstechnischen Gründen verboten!“ ist auf einem Schild zu lesen. Hinter einer zerbröckelnden Ziegelmauer im Wiener Stadtviertel Währing verbirgt sich ein historisches Juwel. Im Mozartjahr pilgern noch mehr Touristen als sonst zum Mozartgrab im berühmten St. Marxer Friedhof; dieser gilt als Wiens einziger noch erhaltener Friedhof des Biedermeier. Doch das trifft nicht zu. Der jüdische Friedhof Währing ist der andere, der vergessene Biedermeier-Friedhof Wiens. Er führt ein Schattendasein. Das Tor zu dieser Begräbnisstätte bleibt verschlossen, kein Tourist findet den Weg hier hin.

Weder den Wienern noch den Besuchern der Stadt ist bewusst, dass die sonst so geschichts- und kulturbewusste Donaumetropole hier ein Kulturgut verkommen lässt, das in absehbarer Zeit für immer verloren ist, wenn nichts geschieht. Von der Sanitätsreform von Kaisers Joseph II. im Jahr 1784 bis zur Gründung des

Wiener Zentralfriedhofs 1874 war der Währinger Friedhof die offizielle Begräbnisstätte aller in Wien verstorbenen Juden. Joseph II. hatte, beeinflusst von aufklärerischen Ideen aus Frankreich, 1782 ein „Toleranzpatent“ erlassen. Damit gewährte er einer beschränkten Anzahl ausgewählter Juden Aufenthalt und Arbeit in der Reichshauptstadt und Residenzstadt Wien. Sie kamen vor allem aus Böhmen, Mähren und Ungarn. „Siegfried Philipp Wertheimer k. k. priv. Grosshändler geb. 1777 gest. 1836“, ist auf einem der Grabsteine zu lesen – Wertheimer war einer jener vom Kaiser in Wien zugelassenen Juden.

Doch schon zuvor hatten sich in Wien Juden aus dem Osmanischen Reich niedergelassen. Als Untertanen der Hohen Pforte genossen sie, im Gegensatz zu Juden aus allen anderen Ländern, aufgrund von Friedensverträgen mit dem Habsburgerreich das Aufenthaltsrecht. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts machten sie Wien

zu einem Zentrum des europäischen Orienthandels. Die sephardischen Juden sind in einer eigenen Abteilung des Währinger Friedhofs beerdigt. Ihre Grabstätten, Stelen oder Grabhäuser, unterscheiden sich auffällig von jenen der aschkenasischen Juden.

Viele der hier bestatteten jüdischen Familien gehörten zu den führenden Exponenten der kulturellen Blüte Wiens in der frühen Ringstraßen-Ära und des wirtschaftlichen Aufschwungs der industriellen Revolution. Hier liegt beispielsweise Heinrich Ritter von Sichrovsky begraben, Mitbegründer und Direktor der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn, einer der ersten Eisenbahnlinien der Monarchie, welche die Kohlenreviere Schlesiens mit Wien verband. Der aus Odessa stammende Bankier Joachim Ephrussi, einer der Väter der Creditanstalt, ruht unter einem prunkvollen Marmorsarkophag mit Löwenfüßen. Fanny von Arnstein führte den ersten literarisch-politischen Salon Wiens.



Steinerne Zeugen, dem Verfall preisgegeben

Ihr Haus war Mittelpunkt festlicher Empfänge. Am Rande des Wiener Kongresses trafen sich dort die führenden Staatsmänner Europas wie der Herzog von Wellington und Wilhelm von Humboldt. Sie unterstützte den Freiheitskampf der Tiroler gegen Napoleon, und in ihrem Salon soll der erste Weihnachtsbaum Wiens gestanden sein – eine aus ihrer Heimatstadt Berlin mitgebrachte Tradition, die bald große Verbreitung fand.

Vier Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, im Jahr 1942, wurde das im Eigentum der Israelitischen Kultusgemeinde stehende Friedhofsareal von 24.000 Quadratmetern an die Gemeinde Wien zwangsverkauft; der Erlös ging an ein Sperrkonto, auf das nur die Behörde Adolf Eichmanns Zugriff hatte. In einem rund zehn Prozent des Areals umfassenden Sektor wurde ein Löschteich ausgehoben, an die 2.000 Gräber wurden dabei zerstört. Das Aushubmaterial wurde für Planierungsarbeiten verwendet,

unter anderem für den Platz vor dem Wiener Westbahnhof. Dass der Großteil des Friedhofs den systematischen Zerstörungen durch die Nazis entgehen konnte, war der beherzten Initiative eines Beamten der Wiener Stadtverwaltung zu verdanken: Er ließ das Friedhofsareal in ein Vogelschutzgebiet umwidmen.

Er konnte allerdings den Friedhof nicht vor der Schändung vieler Grabstätten bewahren. Die Gebeine von hunderten hier begrabener Juden wurden exhumiert und im Rahmen des nationalsozialistischen Rassenwahns pseudowissenschaftlichen Knochenvermessungen zugeführt. Für diese makabren Experimente wurden auch die sterblichen Überreste jener längst zur Legende gewordenen Fanny von Arnstein missbraucht. Sie wurden seither nicht wiedergefunden. Viele der im Währinger Friedhof ausgegrabenen Schädel landeten im so genannten Rassensaal, dem berüchtigten Saal XVII des Wiener

Naturhistorischen Museums. Dieser wurde erst Mitte der neunziger Jahre geschlossen. Ob sich allerdings noch Gebeine in dem Museum befinden, ist bis heute nicht geklärt.

Im Jahr 1955 wurde das Areal der wiedergegründeten Kultusgemeinde zurückerstattet. Den für den Bau des Löschteichs zerstörten Teil des Friedhofs hat die Kultusgemeinde der Stadt Wien gegen eine Entschädigung und unter der ausdrücklichen Zusicherung überlassen, dass dieser künftig als Grünfläche bewahrt und nicht überbaut werde. Dies war entscheidend, denn gemäß jüdischen Religionsvorschriften darf ein Grab bis zum Erscheinen des Messias nicht aufgelöst und auch nicht überbaut werden. Trotz der Zerstörungen durch den Aushub des Löschteichs befanden sich hier noch Gräber. Aber die Gemeinde Wien errichtete ungeachtet ihrer Garantien wenige Jahre später ein Hochhaus. Der Gemeindebau erhielt den Namen des jüdischen Schriftstellers Arthur Schnitzler.

Wahlrecht für Reiche und Arme

Unter dem Prager Rabbiner Loew wurde 1578 die Wahl der Rabbiner in Böhmen und Mähren reformiert. Eingeführt wurde damit ein allgemeines Männerwahlrecht.

VON FRANZ KRAHBERGER

Im 16. Jahrhundert verfügten die jüdischen Gemeinden zwar über eine eigene Rechtssprechung. Im Fall innerer Strittigkeiten wurde dennoch die weltliche (damals kaiserliche) Justiz angerufen, die sich für Derartiges aber nicht zuständig gesehen hat. Um der damit entstandenen Rechtsunsicherheit ein Ende zu setzen, entwickelte man statutarische Bestimmungen, welche die Wahl der Rabbiner und Vorstände regelten. Diese hatten sowohl für einzelne Gemeinden als auch das ganze Land Geltung. So versuchte man, zu einer einheitlichen Rechtssprechung zu kommen.



FOTO ©: Franz Krahberger

Das Grab Loews in Prag

Den Behörden war diese Entwicklung ein Dorn im Auge. So schlugen die böhmischen Kammerräte 1567 vor, den Juden die eigene Rechtssprechung zu entziehen und sie unter die Jurisdiktion der kaiserlichen Kammer zu unterstellen, berichtete der jüdische Historiker Gerson Wolf 1883. Doch Kaiser Maximilian II. entschied 1571, dass die jüdischen Gemeinden ihren autonomen Status beibehalten könnten, behielt sich aber weiterhin das Recht der Einsetzung der Ältesten vor.

Die Wahlordnung, die Maximilian II. zur Einsetzung des Rates der Ältesten akzeptierte, ging auf ein Gutachten des Paduaner Rabbiners Meir Katzenellenbogen zurück. Der

1565 verstorbene Katzenellenbogen bezog sich in seinem demokratischen Wahlentwurf auf eine Stelle im Deuteronomium (5. Buch Moses). Die Juden sollten demnach die Vertreter aus den einzelnen Stämmen von sich aus bestimmen. Und vor dem Gesetz sollte ohne Beachtung des Ansehens der Person, ob diese nun reich oder arm war, im Namen Gottes gerichtet werden.

So machte man sich in den jüdischen Gemeinden daran, endlich neue Regeln zur Entscheidungsfindung einzuführen. Die Grundkonzeption: Jedes Mitglied der Gemeinde, das sich religiös oder sittlich keinen Makel zu Schulden kommen hat lassen, verfügte über das passive wie aktive Wahlrecht. Alle unbescholtenen Gemeindeangehörigen wählten die Urwähler, aus diesen gingen Wahlmänner hervor, die nach geleistetem Eid die Ältesten, die Gemeindeältesten und den Richter ernannten. Die Wahl der Ältesten musste nach wie vor durch den Kaiser bestätigt werden.

Am 24. Dezember 1578 beschlossen 53 Mitglieder der Prager Jüdischen Gemeinde dieser Ordnung zu folgen. Zu diesem Zeitpunkt stand der Prager Gemeinde Rabbi Loew vor, gleichzeitig auch oberster Landesrabbiner. Loew überarbeitete daher die alten mährischen Statuten nach den aktuellen Vorstellungen und Notwendigkeiten.

Die revidierten Statuten, bestehend aus 311 Paragraphen (Shajj tekanoth) und die nachfolgenden Synodalbeschlüsse wurden nicht nur maßgebend für die jüdischen Gemeinden in Böhmen und

Mähren, sondern auch für Gemeinden in den anderen österreichischen Kronländern. Jede Stimme in dieser Wahlordnung zählte, ob sie von einem reichen oder armen Gemeindemitglied kam. Man kann dabei also von einem allgemeinen Männerwahlrecht sprechen. Und das lange vor den gesellschaftlichen Umwälzungen von 1848 sowie der Entwicklung der allgemeinen Wahlrechte zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Diese alten mährischen Statuten in der von Loew revidierten Form zeigen zudem, dass es ein geordnetes und weitgehend teilautonomes Leben der jüdischen Gemeinden im österreichischen König- und Kaiserreich gegeben hat. Die staatliche Integration der Juden blieb Kaiser Joseph II., der diese auch zum Militärdienst verpflichtete, sowie der Verfassungsgesetzgebung nach 1848 vorbehalten.

Eine ungekürzte Fassung dieses Beitrags erschien bereits im „Electronic Journal Literatur Primär“ (<http://www.ejournal.at/buecher/holocaust/loewe.html>).

Franz Krahberger (geb. 1949 in Rottenmann) ist Autor, Projektorganisator und Herausgeber. Veröffentlichungen in Anthologien, Zeitschriften und Katalogen, Rundfunk und Fernsehen. Theoretische Arbeiten und Essays. Untersuchungen und Projekte zur Entfaltung computerunterstützter Literatur. Krahberger lebt und arbeitet in Wien.



FOTO ©: Jasna Hergert

Dieser Beitrag erschien am 15. Februar 2006 bereits in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Mit der Flut an Reaktionen, die dieser Artikel auslöste, hatte Ritterband nicht gerechnet. Für NU schildert der NZZ-Korrespondent diese Erfahrung:

Das verborgene Kulturdenkmal

Erst jetzt, als NZZ-Korrespondent, habe ich den Währinger jüdischen Friedhof entdeckt – dieses wichtige Kulturdenkmal Wiens war mir völlig unbekannt, obwohl ich diese Stadt seit meiner frühesten Kindheit, auf Besuch bei den Wiener Großeltern, mindestens zweimal pro Jahr besucht hatte und ihre Sehenswürdigkeiten ausnahmslos zu kennen glaubte. Dass ich trotz meiner gründlichen Streifzüge durch Wien nie auf den Friedhof Währing gestoßen bin, sagt einiges über das Schattendasein,

das dieser seit Jahrzehnten führt. Die Historikerin Tina Walzer, die sich am gründlichsten mit dieser jüdischen Begräbnisstätte befasst hat, führt in immer kleineren Intervallen immer größere Besuchergruppen durch den Währinger Friedhof. Sie berichtet über das ständig wachsende Interesse an diesem fast völlig unbekanntem Friedhof und seiner Geschichte – aber auch über den krassen Wissens- und Informationsmangel zu diesem Thema.

Der vor einigen Wochen in der NZZ erschienene Artikel zum Friedhof Währing hat die Neugier des Publikums weiter geweckt. Für mich als Autor war es bemerkenswert, dass noch nie in meiner bald 25-jährigen Laufbahn als NZZ-Redakteur bzw. NZZ-Korrespondent ein Artikel derart viel Echo ausgelöst hat – in politischen Kreisen, bei Kollegen anderer

Medien, aber auch in der Öffentlichkeit. Fragen wirft nun allerdings der Umstand auf, dass – im Gegensatz zu den vielen positiven Reaktionen und den erfreulichen Manifestationen guten Willens in der nichtjüdischen Öffentlichkeit – von Seiten der Israelitischen Kultusgemeinde jegliche Reaktion auf diesen Artikel ausgeblieben ist. Bemerkenswert ist auch der unterschiedliche Grad an Unterstützung, den ich bei meinen Recherchen erhielt. Während sich verschiedene Stellen kooperativ zeigten, blieben – in auffälligem Gegensatz zur Hilfsbereitschaft, die ich bei sämtlichen Recherchen in Österreich erfahren hatte – sämtliche Anrufe und Gesprächswünsche bezüglich des Währinger jüdischen Friedhofes im Büro des offenbar zuständigen Finanzstadtrats Rieder unbeantwortet.

Der Friedhof Währing mit seinen ursprünglich mehr als 8.000 Gräbern und den kunsthistorisch wertvollen Grabdenkmälern ist in den Worten der Historikerin Tina Walzer ein einzigartiger steinerner Zeuge jüdischer Geschichte in Wien. Seit Jahren führt diese führende Expertin für jüdische Friedhöfe in Österreich einen einsamen Kampf um die Sanierung und wissenschaftliche Aufarbeitung dieses kulturellen Schatzes. Wer den Friedhof Währing in den letzten Jahren besuchte, konnte den fortschreitenden Zerfall nicht übersehen: Umgestürzte Bäume und herabgefallene Äste haben reihenweise Grabmäler zertrümmert, Umwelteinflüsse machen Reliefs und Inschriften unkenntlich, Dornengestrüpp überwuchert die Wege. Walzer unterstreicht die Bedeutung dieses Kulturdenkmals: Hier liegen die Väter jener kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Elite, welche die Donaumetropole in ihrer Glanzzeit des Fin de Siècle prägte.

Die Nachkommen der hier beerdigten Juden sind dem Holocaust zum Opfer gefallen oder wurden als Flüchtlinge über die ganze Welt

zerstreut. Es gibt kaum noch Angehörige, die sich um die Gräber kümmern könnten. Diese gehen nach Erbrecht als erbenloses Gut an den Staat. Die heutige Kultusgemeinde mit ihren 7.000 Mitgliedern, Rechtsnachfolgerin der zerstörten Gemeinden, ist wegen der Überalterung ihrer Mitglieder sowie der Aufnahme von Flüchtlingen so stark gefordert, dass sie keine Kapazitäten für die Pflege der insgesamt wohl 200.000 Gräber aus der Zeit vor 1938 übrig hat.

Die Stadt Wien hat bisher ihre Verantwortung für die dringend notwendige Sanierung vor sich hergeschoben. Der Restitutionsbeauftragte der Stadt Wien, Kurt Scholz, macht im Gespräch deutlich, dass er ein verstärktes Engagement des Bundes erwartet. Im so genannten Washingtoner Abkommen vom Jänner 2001, das Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste und Zerstörungen regelt, hatte sich die Republik dazu verpflichtet, „zusätzliche Unterstützung für die Restaurierung und Erhaltung aller jüdischen Friedhöfe in Österreich“ zu leisten. Wie alle Einrichtungen der aner-

kannten Religionsgemeinschaften steht auch der Währinger jüdische Friedhof unter nationalem Denkmalschutz. Genützt hat ihm das allerdings bisher nichts.

CHARLES E. RITTERBAND (geb. 1952 in Zürich) studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie an der Universität Zürich sowie Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen. Seit 1982 ist er Redakteur und Korrespondent der Redaktion für internationale Politik der Neuen Zürcher Zeitung. Für die NZZ berichtete Ritterband bereits aus Jerusalem, Washington, London und Buenos Aires. NZZ-Lesern ist Ritterband in den vergangenen Jahren als Wien-Korrespondent ein Begriff.



FOTO ©: Peter Rigaud

Schickse mit Chuzpe

Juden bevorzugt, lautet das Motto von Kristina Grish. Die 30-jährige New Yorker Journalistin aus katholischer Familie ist auf den Geschmack gekommen. Nach zwölf jüdischen Liebhabern hat sie sich berufen gefühlt, einen Ratgeber für nichtjüdische Mädchen zu schreiben, die sich in einen Juden verliebt haben (oder verlieben wollen). Ein Buch, das in den USA sofort zum Bestseller wurde, und viel Staub aufgewirbelt hat.

DANIELLE SPERA ÜBER „BOY VEY“.

Ein Buch, wie man es noch nie gelesen hat: „Boy Vey! The Shiksa's Guide to Dating Jewish Men“ von Kristina Grish ist ein unterhaltsamer und außergewöhnlicher Ratgeber für Nichtjüdinnen, die sich Verabredungen mit jüdischen Männern in den Kopf gesetzt haben – mit Aussicht auf mehr. Angesiedelt zwischen Woody Allen und „Sex and the City“ ist „Boy Vey“ ein unorthodoxes Handbuch für abenteuerlustige junge Frauen, die wissen wollen, wo finde ich ihn und wie kann ich ihn halten? Kristina Grish hat reiche Erfahrungen gesammelt, mit mehr als einem Dutzend verschiedener jüdischer Männer innerhalb von sechs Jahren.

Ihre Liebe zu Juden erwachte mit dem ersten „jüdischen date“, ihrer ersten Verabredung mit einem Juden. Seine Wärme, Intelligenz, Leidenschaft, sein Humor hätten sie so überwältigt, dass es von diesem Zeitpunkt an nur noch jüdische Burschen sein durften. „Das Kennenlernen war kein

Problem“, so Grish zu NU, „ich arbeite im Medienbereich in New York, da gibt es jüdische Männer wie Sand am Meer, und meine beste Freundin ist Jüdin. Sie, aber auch meine Arbeitskollegen, waren geradezu versessen, mich mit Juden zu verkuppeln. Aus diesem Grund wäre ich gar nicht auf die Idee gekommen, mich im Internet umzuschauen“.

Es ist cool, ein jüdischer Mann zu sein!

Jüdischen Burschen mit eventuellen Minderwertigkeitskomplexen sei dringend zur Lektüre von „Boy Vey“ geraten. Grish räumt damit endgültig auf. Was haben alle jüdischen Männer gemeinsam? Sie sind intellektuell anregend wie kaum jemand, sie sind großzügig, aufmerksam, humorvoll, sind fantastische, einfühlsame Liebhaber, und haben keinen Funken von Macho-Gehabe. Auf einen Punkt gebracht: Der jüdische Mann ist der perfekte Mann!

Genau deshalb würden nichtjüdische Frauen nach jüdischen Männern Ausschau halten, und nicht etwa wegen ihrer Religion. Jüdische Männer amüsieren sich gern, lieben gutes Essen, sie haben enge Familienbindungen, kümmern sich um die Gesellschaft, meistens sind sie auch noch attraktiv und erfolgreich! Und was ist der Grund dafür: Juden kommen aus einer matriarchalischen Kultur, daher würdigen sie die Frauen und geben ihnen jede Art von Wertschätzung. Weil jüdische Männer ihre Mütter über alles liebten, würden sie auch alles tun, um ihre Frauen glücklich zu machen. Mit einem Wort, Grish ist voller Komplimente für den jüdischen Mann, sie spricht von der „heißesten Erfahrung“ ihres Lebens.

Nur einmal habe es ein traumatisches Erlebnis gegeben, ein gut aussehender jüdischer Arzt ließ sich zu Yom Kippur zu einem feinen Abendessen mit leidenschaftlichem Ausklang

in seinem Schlafzimmer überreden. Danach sei er in Tränen ausgebrochen. Grish nahm an, er wäre so gerührt gewesen, tatsächlich war es das schlechte Gewissen. Ein Fehltritt, der so schnell nicht mehr passieren sollte. Auch ein Grund, „Boy Vey“ zu schreiben!

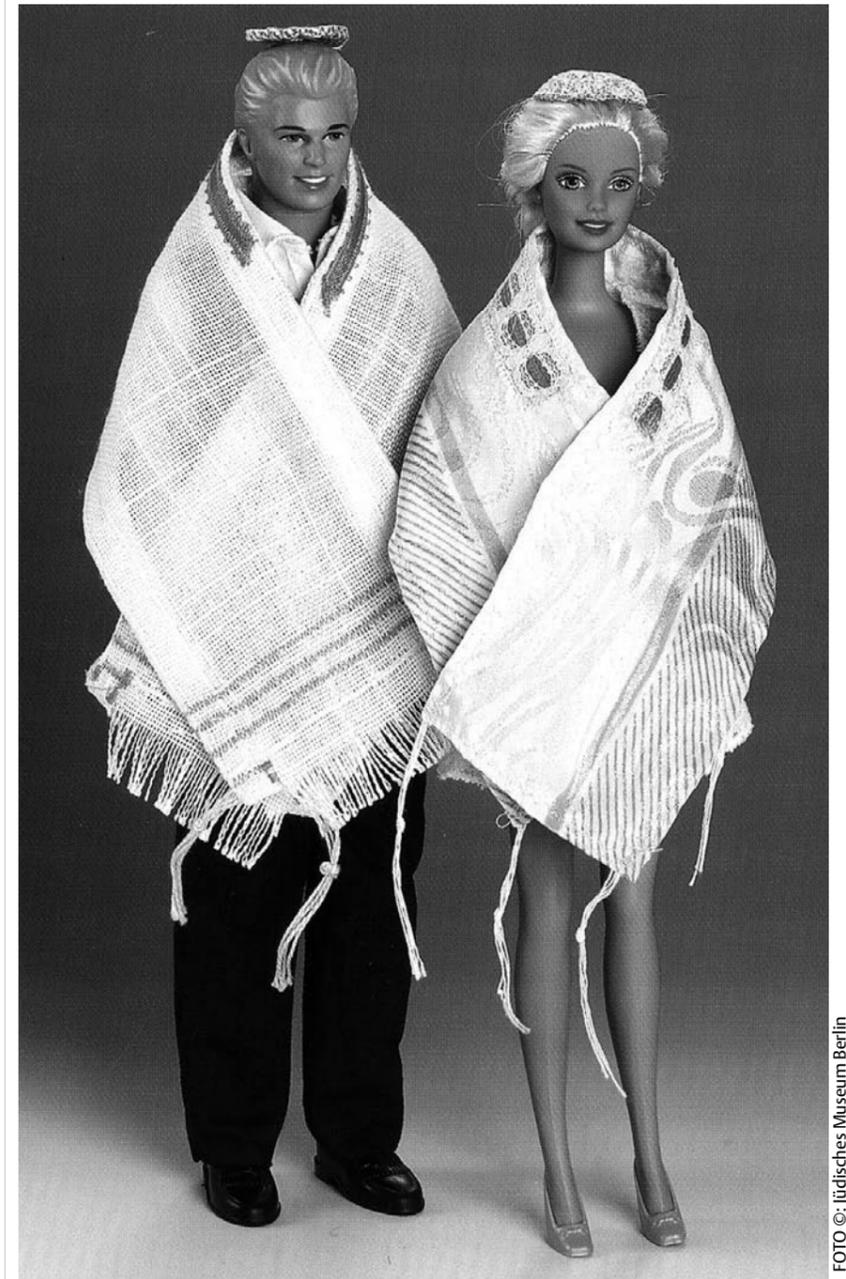
Auf der Jagd ohne Schadchen

Kontroversielle Fragen schneidet Grish ganz bewusst nicht an, interreligiöse Partnerschaften, Mischehen und ihre Problematiken sind nicht ihr Thema. Sie wollte eine aufrichtige, respektvolle Anleitung liefern, für nichtjüdische Mädchen, die mit einem Juden ausgehen – Grundkenntnisse vorausgesetzt. Jetzt geht es nur noch darum, wo ist er, der extrem kluge, überwältigend leidenschaftliche, gut aussehende, erfolgreiche Traummann? Nichts leichter als das. Grish liefert amüsante Tipps, wo denn der passende jüdische Mann abgefangen werden kann, bis hin zu den kleinsten Details, wo und wann die wichtigen Kongresse der Rechtsanwälte, Ärzte, Psychologen, usw. stattfinden, und wie sich unter den Anwesenden die jüdischen Männer entdecken lassen ... Als Expertin rät Grish den heiratswilligen New Yorker Mädchen am besten einen jüdischen Mann aus einer Reformgemeinde (jews on paper) zu suchen, bei Orthodoxen wäre alles zu kompliziert.

Ist ER erst einmal gefunden, muss noch die mishpocha überzeugt werden, keine Kleinigkeit also. In diesem Sinn ist auch der jiddischen Mamma ein eigenes Kapitel gewidmet, enthaltend fünf Gebote, wie man auch die Mutter des Angebeteten für sich gewinnt, mit den dazugehörigen Tipps und Tricks. Schwestern, Vater, Großeltern, alle müssen um den Finger gewickelt werden, und für jede Art von Verwandtschaft hat Grish gute Ratschläge auf Lager. Talk, talk, talk, lautet jedenfalls die Devise. Je schweigsamer man beim ersten Treffen mit der Familie sei, umso verdächtiger werde man beäugt.

Das Einmaleins der Jüdischkeit

Jüdischkeit muss gelernt werden, um in der Familie des Angepeilten



Ein berühmtes Brautpaar: Barbie und Ken

zu reüssieren. Wichtig ist dabei das Essen als Zentrum aller jüdischen sozialen Interaktion. „Liebe geht durch den Magen“, ist das Motto. Rezepte für Hühnersuppe, Latkes oder Strudel dürfen daher nicht fehlen, mit Tipps der besten Kosher Delis. Schon allein wegen dieses Kapitels zahlt es sich aus, das Buch zu lesen. Auch dass der Geliebte eine Art Geheim-Sprache hat, deren wichtigste Ausdrücke man sich sofort zu eigen machen muss, ist ein nicht zu vernachlässigender Aspekt. Von „alter khaker“ bis „yenta“ reichen die mehrere Seiten

umfassenden Erklärungen. Ein Vorschlag für einen Liebesbrief, gespickt mit jiddischen Ausdrücken, ist da der Höhepunkt.

Die Feiertage! Wann und warum, was ziehe ich an, was bringe ich mit, wie begrüße ich. Dos and Don'ts, und wichtige No-nos: wie z. B. sich nie seinen Talles im Tempel ausborgen, weil es aus der Klimaanlage so zieht, oder niemals eine Zigarette an einer Menora anzünden und sich beim Seder die Frage „Dauert's noch lange?“ doch besser zu verkneifen.

Gut oder schlecht für die Juden?

Als sich Kristina Grish entschloss, ihr Wissen mit anderen zu teilen, machte sie sich auf die Suche nach einem Verleger. Ein unerwartet schwieriges Unterfangen. Die meisten fürchteten sich davor, ein so heißes Eisen anzugreifen. Doch das heikle Thema wurde sofort ein Bestseller und die Reaktionen waren dementsprechend bewegt. Von amüsiert bis aufgebracht reicht das Spektrum der Rezensionen, der Postings im Internet, der Diskussionsveranstaltungen über „Boy Vey“.

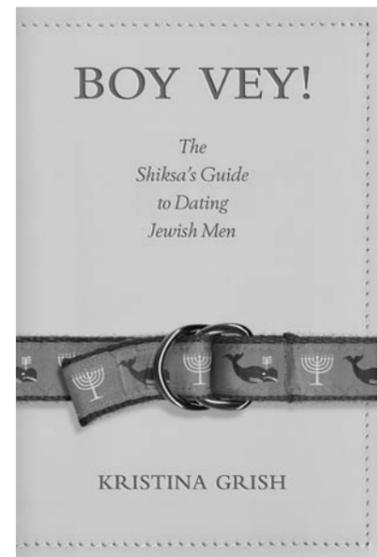
Der harmloseste aller Kritikpunkte lautet, Grish verwende viele Stereotype und Verallgemeinerungen: Es sei widerwärtig zu schreiben, dass jüdische Männer Haare auf dem Rücken hätten, oder dass ihre Mütter ihnen den Ödipus-Komplex mit der Muttermilch einflößen würden. Das Buch sei respektlos und voller Klischees. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, dass das Buch den

Trend zu Mischehen nur noch verstärken würde. Für jüdische Mädchen würde es durch ihr Buch noch schwerer, einen jüdischen Mann zu bekommen. Bei einer Lesung wurde sie als Nazi beschimpft, weil sie zum Aussterben des jüdischen Volkes beitrage.

Dabei meinen heute bereits 74 Prozent aller jüdischen Eltern in den USA, es sei besser, ihre Kinder würden einen nichtjüdischen Partner heiraten als gar nicht. Laut jüngster Statistik heiraten 40 Prozent aller jungen amerikanischen Juden nicht-jüdische Frauen.

Schiddach mit der Schickse?

Was sollen Juden an shiksies attraktiv finden: Nach Meinung von Grish sind die jüdischen Frauen zu fordernd, sie seien zu starke Persönlichkeiten und setzten die jüdischen Männer zu sehr unter Druck. Ein Anwalt allein tue es nicht, es müsse schon ein Spezialist auf einem speziellen Gebiet sein, ein



praktischer Arzt, nein, mindestens ein Gefäßchirurg, meint Grish im Gespräch mit NU.

Ob sie nie daran gedacht hätte zu konvertieren, fragen wir die Autorin. Zu konvertieren war für sie kein Thema, sagt Grish. Doch seit das Buch auf dem Markt ist, sei sie tatsächlich tief in die jüdische Gesellschaft eingetaucht: „Reformrabbiner, jüdische Gemeinden, Zeitungen und Zeitschriften laden mich jetzt sehr häufig zu Diskussionen ein. Ich habe dadurch einen noch viel intensiveren Einblick in die Religion bekommen, der mir vielleicht vorher gefehlt hat. Dadurch respektiere ich das Judentum heute noch viel mehr als vorher. Wenn ich jetzt einen jüdischen Freund hätte, der mir einen Heiratsantrag machte und dem es wichtig wäre, würde ich auf der Stelle konvertieren.“

Doch im Moment sieht es nicht danach aus. Aktueller Stand: Nichtjude, von dem sie aber beim Kennlernen angenommen hatte, er sei Jude. Was sie vor allem vermisst: eine jüdische Familie, Wärme, Schmusen. Gibt es überhaupt einen Wermutstropfen? Nein, sagt Grish, eigentlich nicht: „Das einzig Schlechte ist, dass jüdische Männer sehr neurotisch sind, so wie ich selbst – zwei Neurotiker auf einmal, das ist einfach zu viel.“

WEB-TIPPS:
www.kristinagrish.com



Kristina Grish, Journalistin und Schriftstellerin, schreibt u.a. für Marie Claire, Cosmopolitan und Teen Vogue. Ihr erstes Buch „We need to talk. But first: do you like my shoes?“ ist ein Dresscode für Verabredungen. Ihr nächstes Buch erscheint

im September: „Addicted“ ist neuerlich ein Ratgeber zum Thema Nummer eins. „Boy Vey“ hat Grish ihrer Mutter gewidmet, mit dem Text: „Für meine Mutter, die immer sagt, dass wenn sie noch einmal heiratete, dann nur einen Juden (Sorry, Dad!)“

Der zivilisatorische Dammbbruch

Gedanken zur aktuellen Debatte um Tests als Voraussetzung für Einbürgerungen.

VON HEIDE SCHMIDT

Hirsi Ali ist nun wieder eine Fremde. Der populären Somalierin, die von Holland aus für eine Modernisierung und Öffnung der islamischen Gesellschaft gekämpft hatte, wurde nach 13 Jahren die Staatsbürgerschaft entzogen, weil sie seinerzeit zu ihrer Biographie falsche Angaben gemacht hatte. In den Jahren ihres Aufenthaltes in den Niederlanden war sie zu einem öffentlichkeitswirksamen, wichtigen Mitglied der Zivilgesellschaft geworden und sogar Abgeordnete einer Partei, die zum liberalen Spektrum gezählt wird. Als Flüchtling von der Putzfrau zur Dolmetscherin, Politologin und schließlich Politikerin – welch ein Symbol für gelungene Integration!

Aber ihre Islam-Kritik hatte ihren Preis: Vom Tod bedroht, war ein Leben ohne Personenschutz nicht mehr möglich, die BewohnerInnen ihres Wohnhauses konnten sogar Alis Auszug gerichtlich durchsetzen, weil die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen die Privatsphäre sämtlicher NachbarInnen gra-

vierend beeinträchtigte. Als inländischer Staatsbürgerin, wohl erst recht als Abgeordnete, stand ihr der aufwändige Schutz zu. Nun ist sie beides nicht mehr; sie wird auswandern.

Was steht dahinter, wenn ein Gesetz vorsieht, dass eine Staatsbürgerschaft unabhängig vom Zeitablauf, von den

»Vielmehr benützt die Politik die Staatsbürgerschaft als Instrument, das sie sowohl kurzfristig taktisch als auch langfristig strategisch einsetzt, aber jedenfalls immer so, dass sie ihren parteipolitischen Interessen dient.«

Rechtsfolgen (etwa Staatenlosigkeit) entzogen werden kann, wenn ihr (auch verzeihlich und verständlich) unrichtige Angaben zu Grunde liegen? Ist

aus der Unwahrheit auf ein bestimmtes staatsbürgerliches Verhalten zu schließen, will sich also der Staat vor einer verlogenen Gesellschaft schützen? (Für dieses Ziel könnte man mich schon gewinnen.) Ist anzunehmen, dass ein Flüchtling, der vor Jahren die Staatsbürgerschaft mit einer Notlüge erwarb, nicht bereit ist, sich an die Gesetze zu halten?

Natürlich geht es nicht darum. Vielmehr benützt die Politik die Staatsbürgerschaft als Instrument, das sie sowohl kurzfristig taktisch als auch langfristig strategisch einsetzt, aber jedenfalls immer so, dass sie ihren parteipolitischen Interessen dient. Dieses auf den ersten Blick durchaus nachvollziehbare Verhalten stellt sich schon auf den zweiten Blick als höchst problematisch dar.

„Das Recht geht vom Volke aus“, bestimmt (nicht nur) unsere Verfassung. Aber wer gehört dazu? Die Einbürgerungsregeln und -praxen werden immer restriktiver, die Ausbürgerungen nehmen zu. Die

Menschen dürfen zwar hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen, aber sie dürfen nicht mitbestimmen. Und auch am Arbeitsmarkt ist ihnen ein Segment verwehrt, das nur InländerInnen vorbehalten ist: der öffentliche Dienst sowie jener Bereich, der einst verstaatlicht war, also etwa Bahn-, Verkehrs- und Energiebetriebe. Allein dieser Zustand droht den sozialen Zusammenhalt zu gefährden, aber was soll man davon halten, wenn es für bestimmte Gruppen von AusländerInnen auch noch gesonderte Wahrheitstests gibt?

»Ich habe den Eindruck, dass ein neuer Autoritarismus um sich greift.«

In unserem Nachbarland Deutschland kursieren behördliche Gesprächsleitfäden, denen einzig Einbürgerungswillige aus muslimischen Ländern unterworfen sind. Im Gegensatz zu allen anderen StaatsbürgerschaftswerberInnen müssen sie nicht nur geloben, sich an die Gesetze ihrer neuen Heimat zu halten und alles zu unterlassen, was deren Interessen (welche sind das im Konkreten?) schaden könnte, sondern auch, ob deren Grundsätze ihren persönlichen Vorstellungen entsprechen. Schon die Frage, was sie davon halten, dass Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden, würde wohl so manchen Inländer in Schwierigkeiten bringen. Ein ganzer Katalog von Fragen, der die Gleichberechtigung von Frauen betrifft, ist zwar von der sachlichen Intention her begrüßenswert, in der impliziten Unterstellung einer anderen Meinung jedoch diskriminierend. Was erwartet man vom Gefragten mit beschränktem deutschen Wortschatz auf die Frage: „Halten Sie es für einen Fortschritt, dass Männer und Frauen in Deutschland kraft Gesetzes gleichberechtigt sind? Was sollte der Staat Ihrer Meinung nach tun, wenn Männer dies nicht akzeptieren?“ Interessant wäre übrigens die Frage: „Was sollten Frauen Ihrer Meinung nach tun, wenn der Staat sich nicht daran hält?“

Um nicht missverstanden zu werden: Ich will das Verhalten fundamentalistischer Muslime nicht

verharmlosen und weiß um die Menschenunwürdigkeit der Zwangsverheiratung und anderer praktizierter Entmündigungen. Ich halte es aber für falsch und überdies untauglich, diesem Problem unter Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien beikommen zu wollen. Am Ende des Einbürgerungsgesprächs müssen die KandidatInnen unterschreiben, dass sie zur Kenntnis nehmen, dass ihnen die Staatsbürgerschaft auch nach Jahren wieder entzogen werden kann (selbst wenn sie dadurch staatenlos würden), wenn sie „unwahre Angaben“ gemacht haben. Die Gesinnung als Wahrheit – das ist der zivilisatorische Dammbrech. Dazu kommt die Verknüpfung mit der Rechtsfolge des Verlustes von Bürgerrechten, mit allem Spielraum für die Behörde und keiner Chance für die Unterworfenen. Man hat sich nicht nur an die Gesetze zu halten, man muss sie auch noch überzeugend für richtig halten. Ist das das Demokratieverständnis, das den neuen StaatsbürgerInnen vermittelt werden soll?

Ich habe den Eindruck, dass ein neuer Autoritarismus um sich greift. Die Gleichsetzung von Staat und Parteien, von Regierung und Land, wir glaubten sie überwunden, doch stattdessen kommen sie nun in neuen Kleidern daher. Der Begriff Wertegemeinschaft, als Errungenschaft aus dem Kampf um Menschenrechte und solidarische Verantwortung geboren, wird zur Keule gegen Andersdenkende. Das verbindende Interesse eines Gemeinwesens wird mit dem Aufruf zum Schulterschluss zur Tabuisierung der Regierungspolitik missbraucht, der positive Prozess der Integration beschworen, tatsächlich aber Assimilation gefordert. Natürlich sind auch in diesen Zusammenhängen die Dinge nicht nur schwarz oder weiß, aber die einschlägigen Tendenzen sind mit den angeführten Beispielen klar erkennbar.

Dass Integration Gleichberechtigung voraussetzt, ist unschwer zu erkennen. Es ist für viele offenbar nicht vorstellbar, dieses Grundrecht nicht mit Auflagen zu verknüpfen. Die Staatsbürgerschaft soll scheinbar „Belohnung“ für bestimmtes

Wohlverhalten sein und als Disziplinierungsinstrument handhabbar bleiben. Nicht anders kann verstanden werden, wenn Tests, Aufnahmeprüfungen und Ähnliches die Voraussetzungen zur Teilhabe am Gemeinwesen zunehmend erschweren. Es mag Manchem überzogen erscheinen, wenn mir in diesem Zusammenhang ein Forschungsprojekt der Wiener Historikerin Ilse Reiter-Zatloukal in den Sinn kommt: Sie hat die zahlreichen Ausbürgerungen untersucht, die in den Jahren 1933 bis 1938 stattfanden und zumeist mit „österreichfeindlichem Verhalten“ begründet wurden. Betroffen waren nicht nur illegale Nazis, sondern vor allem auch Sozialdemokraten und Kommunisten. Doch was ist der Satz „Wehret den Anfängen“ wert, wenn er nicht vor dem oder am Anfang gedacht werden darf? Es ist einsichtig, dass sich ein Staat seine künftigen StaatsbürgerInnen so weit möglich heraus aussuchen darf. Nach welchen Kriterien er dies aber tut und mit welchen Mitteln, legt Zeugnis über seinen Demokratiestandard ab. Die Demokratie hat nicht die Gleichschaltung von Werthaltungen zur Voraussetzung, sondern ist dazu da, um auf zivilisierte Weise die Unterschiedlichkeiten zu handhaben.

WEB-TIPP:
www.ioqe.at



FOTO ©: Novak

Heide Schmidt (geb. 1948 in Bayern): Studium der Rechts- sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Wien. Gerichtspraktikum, Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Volksanwaltschaft, Parlamentarierin (fünf Jahre FPÖ, sieben Jahre Liberales Forum), Dritte Nationalratspräsidentin, Präsidentschaftskandidatin. Februar 1993: Gründung des Liberalen Forum, bis Februar 2000 dessen Parteisprecherin. Juni 2000: Gründung des Instituts für eine offene Gesellschaft, seither dort Vorstandsvorsitzende.

Über das Notwendige und das Überflüssige

Eine Wortmeldung zum Projekt Ichmannngasse.

VON ADAM KANNER

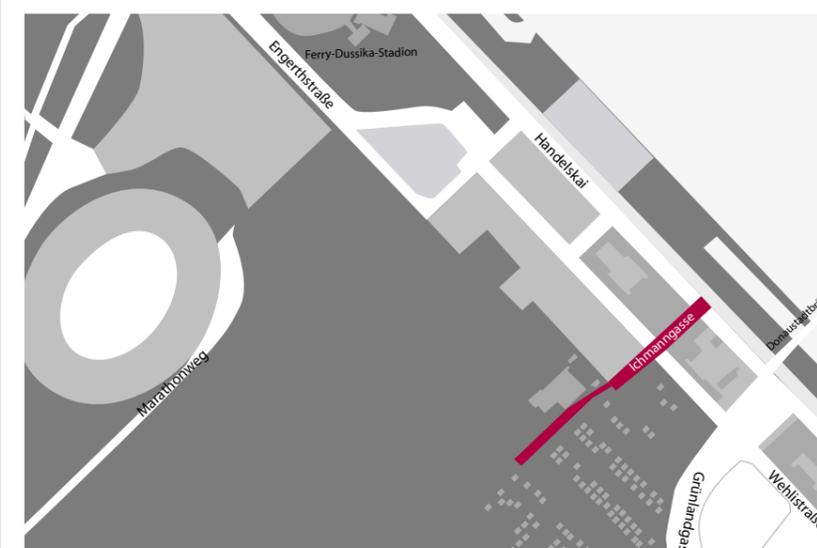
Adolf Loos, der große Wiener Spracharchitekt, schrieb einmal in einem seiner Essays, Aufgabe eines Architekten sei es, unter anderem seine Mitmenschen von der Notwendigkeit des scheinbar Überflüssigen zu überzeugen. Loos meinte damit allerdings nicht das materiell Überflüssige wie z.B. goldene Armaturen oder sonstigen teu-

ren Zierrat – Loos war im Gegenteil Verfechter eines nobel zurückhaltenen Baustils –, er meinte damit, dass Architektur mehr sein muss als die Umsetzung einer Bauaufgabe. Er verlangte, dass auch immaterielle Werte durch Bauten transportiert würden.

Doch wo ist hier der Zusammenhang mit dem Vorhaben der IKG, eine

neue Schule, ein Altenheim und ein Sportzentrum zu errichten? Ohne Frage geht es dabei um Notwendiges: Die bestehende Schule ist zu klein, man braucht mehr Raum. Die Altenvorsorge ist am Rande Ihrer Kapazität, ein neues Altenheim muss errichtet werden. Da passt es, dass der frühere Hakoah-Sportplatz restituert wurde, denn damit ergibt sich auch eine gute Gelegenheit, Jung und Alt zu mehr Sport zu führen. Alles in allem eine runde Sache, es wird flott verhandelt und ein Resultat vorgestellt: Alle Notwendigkeiten sind erfüllt, nur gebaut werden muss noch.

Bei einfacher Sichtweise der Dinge erscheint jede weitere Beschäftigung mit der Materie überflüssig, doch schauen wir uns einige Kriterien der Architektur-Theorie an und bewerten wir das Bauvorhaben danach. Lassen Sie mich mit der Frage der Semantik des Baus beginnen: Der Begriff der Semantik kommt aus der Sprachwissenschaft und befasst sich mit der Bedeutung, in unserem





Architektur, die Brüche aufzeigt: das jüdische Museum Berlin

Fall von Gebäuden. Heute ist die Semantik eine Schlüsseldisziplin der Architekturtheorie.

Um zu erklären, was gemeint ist, möchte ich kurz ausholen und auf ein prominentes Gebäude der neuzeitlichen jüdischen Architektur in Europa verweisen: Das Jüdische Museum von Daniel Libeskind in Berlin. Dieses Bauvorhaben entstand aus einem Wettbewerb, den der deutsch-jüdische Architekt Daniel Libeskind für sich entschied. Wie bei solchen Anlässen üblich, gab es nach dem Wettbewerb ein langes Gezerre um den Bauauftrag, aber letztlich konnte sich Libeskind durchsetzen, wobei die stärkste Unterstützung für sein Projekt interessanterweise von nichtjüdischer Seite kam. Ein Umstand, auf den ich später noch eingehen möchte. Das Resultat übertraf alle Erwartungen, nicht zuletzt schuf

Libeskind einenvollkommen neuen Typ des Museums. Sein Entwurf war so radikal, dass das Museum einige Jahre leer stand, weil die vorhandenen Sammlungen erst der Form angepasst werden mussten. Heute ist das Museum eine Ikone der modernen Architektur und Pflichtbesuch eines jeden Berlin-Besuchers.

Eine semantische Grundregel besagt nun, dass aus dem Erscheinungsbild eines Bauwerks Rückschlüsse auf die Nutzer und Auftraggeber gezogen werden können. Fragen wir uns nun, was dieses Museum für die Berliner Jüdische Gemeinde bedeutet. Es sagt jedem Besucher, dass die Jüdische Gemeinde in Berlin neues Selbstbewusstsein erlangt hat, und dass sie das nach außen kommunizieren will. Das Museum sagt aber auch, und das hat Libeskind mit seinem Bau sehr gut verdeutlicht, dass dies

der Bau einer Gemeinde mit Brüchen und Verwerfungen ist, ja dass die ganze jüdische Existenz an einem Ort wie Berlin – und das würde auch für Wien gelten – keine lineare ist und sein kann.

Betrachte ich das neue jüdische Zentrum in Wien aus dem gleichen Blickwinkel, so fällt mir spontan auf: Die Assimilation ist hundertprozentig geglückt. Nichts unterscheidet den Bau von anderen gleicher Funktion in Österreich. Aber vielleicht ist genau das, wenn auch nur unbewusst, gewünscht? Nicht auffallen, sich nicht abheben, eintauchen in die Masse. Nur ja kein Zeichen setzen. Sind Berliner Juden mutiger als Wiener? Oder fehlt ein Anstoß von nicht-jüdischer Seite? Wie zuvor schon angedeutet entsteht gute jüdische Architektur in Europa meistens nach Intervention von nichtjüdischer Seite. Das war in Berlin so, oder bei der Dresdner Synagoge. Über die Gründe bin ich mir selbst nicht ganz im Klaren, wahrscheinlich fehlt der Minderheit einfach der Mut, sich zu exponieren.

Wenden wir uns nun einem anderen architektur-theoretischen Aspekt zu: Dem Kontext, den Zusammenhängen. „Den städtebaulichen Kontext zu kommentieren, fällt mir schwer. Sicher ist die Lage am nördlichen Praterstrand problematisch, aber ich höre schon das Argument, dass eben nur dieses Grundstück verfügbar war“, stellte ich dazu vor einem Lokalausgang vor Ort fest. Danach denke ich über diesen ganz wesentlichen Aspekt des gesamten Vorhabens etwas differenzierter.

Wir wissen zum Beispiel aus der Gastronomie, dass das Publikum bei entsprechender Qualität mehr als bereit ist, einen Umweg zu machen – kurz, dass selbst bei schier aussichtsloser Lage Standorte angenommen werden. Auch in der Architektur ist Ähnliches zu beobachten: so wurde das Guggenheim Museum in Bilbao (Spanien) mitten in einer Industrie-Zone errichtet und dennoch voll angenommen.

Es scheint aber unwahrscheinlich, dass sich auch der Standort



Vorzeigeprojekt von Daniel Libeskind

Ichmannngasse positiv entwickelt wird. Dafür sind die nötigen Rahmenbedingungen einfach nicht gegeben. Die Architektur ist zu simpel, eine städtebauliche Anbindung fehlt vollkommen, auch in absehbarer Zukunft. Es gibt keine Sekundär-Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten oder eine externe Gastronomie. Hingegen sind all die Eigenschaften, die in der Fachsprache als „Meteoriteneffekt“ zusammengefasst werden, gegeben: wie ein Meteorit in der Wüste keine Gemeinsamkeit mit seiner Umgebung hat, nicht einmal die chemische Zusammensetzung, wird hier ein Bauwerk errichtet, das an diesem Standort ein Fremdkörper ist.

Hinsichtlich der inneren Organisation des Zentrums finde ich es faszinierend, dass hier ein Projekt entsteht, das wirklich generationenübergreifend ist. Jung und Alt eng zusammen, eine vorbildliche Lösung. Aber wird das in den einzelnen Baukörpern umgesetzt? Wie ist die Wegführung? Gibt es Zonen, die gemeinsam genutzt werden? Drücken die Gebäude semantisch diesen Umstand aus? Oder gibt es lediglich zwei getrennte Gebäude, eines mit der Aufschrift „Schule“, das andere mit der Aufschrift „Elternheim“?

Ich möchte jetzt ein Thema streifen, das mit obigen Fragen in engem Zusammenhang steht, das der Partizipation. Wenn eine Gemeinde

ein Bauvorhaben solcher Größe ins Auge fasst, erscheint es mir als selbstverständlich, dass eine breite Diskussion unter allen Beteiligten stattfinden kann. In westlichen Demokratien soll es auch schon vorgekommen sein, dass der Bürger befragt wurde.

Dass sich alle Beteiligten, wie sie betuern, bemüht haben, will ich nicht in Frage stellen, doch in einer Demokratie entscheidet letztendlich der Souverän und nicht das Bemühen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie mühselig Bürgerbeteiligungsverfahren sind, die dann enden, wenn „alle ein bisschen unzufrieden“ sind. Allerdings sind die Akzeptanz und die Identifikation mit den Projekten dann ungleich höher, wobei es meistens auch inhaltliche Verbesserungen gibt.

Zu guter Letzt eine Frage in eigener Sache: Wäre es nicht möglich gewesen, zumindest einen eingeschränkten Wettbewerb in Form eines Gutachter-Verfahrens durchzuführen? Hätte man nicht fünf bis sechs international anerkannte Architekten mit Erfahrung im Schul- und Städtebau einladen sollen, um zumindest prinzipielle Denkanstöße zu bekommen? (Ich möchte betonen, dass ich mich hier nicht einreihe. Die, die mich kennen, wissen, dass ich in ganz anderen Feldern tätig bin.) Das Argument der Sicherheit lasse ich nicht gelten,

denn es muss weltweit fünf bis sechs Architekten geben, denen man in dieser Hinsicht vertrauen kann. Der Vorteil so einer Vorgangsweise wäre aber gewesen, dass dadurch viel Diskussionsstoff, eben auch verschiedene Ideen entstanden wären, dass ein echter Mitbestimmungsprozess in Gang gekommen wäre. Die Vorstellung nur eines Projekts passt nicht zu einer mündigen Gemeinde.

Semantik, Kontext, Partizipation, Gutachter-Verfahren: nach Ansicht der Verantwortlichen überflüssig, nur Ablenkung vom Notwendigen? Warum kann ein so denkwürdiges Ereignis wie ein neues jüdisches Zentrum in Wien nicht zu einem Architekturfest werden, wo die Ideen der Weltbesten umgesetzt werden? Warum werden den Bürgern nicht zwei bis drei Alternativen geboten, die eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie ermöglichen? Alles überflüssig? – Nein. – Notwendig!



Adam Kanner studierte in Wien Architektur und Städtebau und war etliche Jahre Universitätsassistent für Wohnbau an der Technischen Universität Wien. In dieser Zeit befasste er sich mit vielen Fragen der Architekturtheorie und betreute die wissenschaftlichen Publikationen des Instituts als Chefredakteur, später als Herausgeber. Heute führt Kanner gemeinsam mit seiner Frau ein Architekturbüro in Wien, das hauptsächlich in den Bereichen Planung und Entwicklung tätig ist. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Innenraumgestaltung.

„Eine Art Eichmann“ bleibt in Wien verewigt

In Wien Leopoldstadt wird die Ichmannngasse in Simon-Wiesenthal-Gasse umbenannt, die Arnezhofstraße bleibt jedoch nach dem katholischen Kommissar zur Vertreibung der Juden benannt. Eine Änderung lehnte die Bezirksvertretung ab. Die Auseinandersetzung mit der antisemitischen Tradition wäre jedoch gerade in diesem Bezirk wichtig.

VON HEIKE HAUSENSTEINER

Die Flaktürme in Wien erinnern noch an die Bautätigkeit des Nationalsozialismus. Die Berliner Flaktürme wurden nach dem Krieg zum Großteil gesprengt, die Hamburger Türme umgestaltet; die Wiener Flaktürme sind praktisch unverändert vorhanden. Zwei der Betonbunker stehen im Augarten, zwei im Arenbergpark, jeweils einer steht in der Stiftskaserne sowie im Esterházypark. Geblieben sind auch manche von der NS-Zeit geprägte Namensgebungen. Adolf war damals ein beliebter Vorname für Buben. Und geblieben sind „arisierte“ Bezeichnungen von Straßen, Gassen oder Plätzen. So auch zum Beispiel in Wien die Ichmannngasse und die Arnezhofstraße in der Leopoldstadt. Erstere wird umbenannt, letztere nicht. Man könne über die Geschichte „der damaligen Zeit nicht alles entfernen“, erklärt dazu SPÖ-Bezirksvorsteher Gerhard Kubik im Gespräch mit NU.

Die Ichmannngasse, eine kurze Quergasse vom Handelskai, wird in Simon-Wiesenthal-Gasse umbenannt. Das hat der Bezirk mit den Stimmen von SPÖ, Grünen, ÖVP und KPÖ beschlossen, nur die FPÖ stimmte dagegen. Franz Ichmann war Wienerlied-Texter und als Blockwart Mitglied der NSDAP. Er sei also mehr als „ein Mitläufer“ gewesen. Wenn jemand Mitglied bei der NSDAP wurde, „um seine Familie zu schützen, ist das etwas anderes“, findet der SPÖ-Bezirksvorsteher.

Die praktisch unbewohnte Gasse in der Nähe des heutigen Ernst-Happel-Stadions wurde 1975 nach Ichmann benannt. Über ihn habe man damals einfach noch zu wenige Informationen gehabt. Die Initiative zur Umbenennung ging im vergangenen Jahr von der Kultusgemeinde (IKG) aus. „Der Zufall wollte es“, so Kubik, dass wenige Wochen später Simon Wiesenthal verstarb (20. September 2005). Also habe die

Bezirksvorstehung die Anregung der IKG aufgenommen. Eine Straße darf frühestens ein Jahr nach dem Tod einer Person mit deren Namen bezeichnet werden (Interkalarfrist). Die Simon-Wiesenthal-Gasse soll nächstes Jahr eingeweiht werden. Für den 1965 gestorbenen Franz Ichmann wurde gleich 1966 eine Gedenktafel in der Pazmanitengasse 10 angebracht, unweit der von den Nationalsozialisten zerstörten Synagoge in der Pazmanitengasse 6. Die Tafel – in der Obhut der Stadt Wien – gibt es heute noch.

Auch die Arnezhofstraße gibt es noch. Sie wurde sogar aufgewertet. Denn die etwa 200 Meter lange Straße zwischen Mexikoplatz und Praterstern liegt im wegen des Straßenstrichs bekannten Stuwerviertel. Das Image der (Wohn-)Gegend soll aufpoliert werden. In den vergangenen Jahren wurden bereits Fassaden renoviert und durch Straßensperren und Einbahnregelungen geschützte



FOTO ©: Heike Hausensteiner

Wohnstraßen errichtet. Das freut auch die Kinder der Kindergruppe „Sonnentor“. Sie haben noch keine Ahnung davon, wie die Adresse ihres Kindergartens zu ihrem Namen kam.

Leopold I., nach dem der zweite Bezirk benannt wurde, ließ im 17. Jahrhundert die Juden aus dem Bezirk vertreiben. Johann Ignaz Arnezhof war katholischer Pfarrer und 1679 als Kommissar für die Ausweisung der Juden zuständig („zur Ordnung israelitischer Angelegenheiten“). „Eine Art Eichmann der Barockzeit“, meint der Historiker Rudolf Schwarz in Anspielung auf den SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann, einen der Hauptverantwortlichen für den Holocaust. Doch Arnezhof sollte in Wien verewigt werden: 1906 wurde die ursprüngliche „Erlachstraße“ in „Arnezhofstraße“ umbenannt. Bürgermeister von Wien war damals der christlichsoziale – und antisemitische – Karl Lueger. „Arisiert“ wurde in Österreich also lange vor 1938. Einen hohen Anteil „arisierten“ Wohnungsgibtes in Wien eben auch im Stuwerviertel. Schon vor 1938 war es ein Ansiedlungsgebiet von vielen jüdischen und tschechischen Zuwanderern.

„Die Leopoldstadt war immer ein Bezirk, wo Leute angekommen sind“, ruft der heutige Grünen-Sozialsprecher Karl Öllinger im Interview in Erinnerung. Der traditionell jüdische

Bezirk sei „arisiert“ worden, nur seien „die Ariseure“ geblieben und haben sich nach 1945 breit gemacht. Als Leopoldstädter Bezirksvertreter (1991–1994) wollte sich Öllinger auch um das Stuwerviertel kümmern. 1993 brachte er denn auch einen Antrag auf Umbenennung der Arnezhofstraße ein – und blitzte ab. Mittlerweile, seit der Gemeinderatswahl 2005, sind die Grünen im zweiten Bezirk die zweitstärkste Fraktion hinter der SPÖ. Sie können sich aber gegenüber der Mehrheitsmeinung nicht durchsetzen.

Dass die Leopoldstadt ein jüdischer Bezirk sei, sollte auch an den Straßennamen erkennbar sein, sagt der Grüne Vize-Bezirksvorsteher Adi Hasch zu NU. „Aber die wollen das nicht.“ Die SPÖ habe ein schlechtes Gewissen und fürchte sich. Er merke das am ausländerfeindlichen Stimmungsbild im Bezirk. „Die Ausländer sind die neuen Juden. Die Leute zeigen teilweise mit dem Finger hin.“

Im Nordbahngelände beispielsweise „gäbe es genügend Straßen, die man neu nach jüdischen Persönlichkeiten benennen könnte“, regt Öllinger an. Der Nordbahnhof, errichtet ab 1863, war mit den Verbindungen nach Brünn, Prag und Warschau der Hauptbahnhof von Wien; hier sind viele Einwanderer angekommen, bis der Bahnhof 1965 abgerissen wurde. „Man misst mit zweierlei Maß“, glau-

ben die Grünen. Sie monieren etwa, dass nur die abgelegene und kleine Ichmannngasse (eine „Pimperlgasse“, so Hasch) nach Simon Wiesenthal benannt wird. Bezeichnend sei auch, dass im sechsten Bezirk nur „ein kleines Platzerl“, so Öllinger, nach dem Kabarettisten Fritz Grünbaum umbenannt wurde; es ist der frühere „Esterházyplatz“ beim Apollo-Kino. Es sei „eine besondere Tragik, wie schwer sich die SPÖ mit dem Thema tut“, konstatiert Öllinger. „Es ist unbefriedigend, was von der Diskussion übrig geblieben ist.“

In Sachen Arnezhofstraße nicht viel, zumindest beim SPÖ-Bezirksrat Martin Schöffbeck. „Das ist schon länger her“, kann er sich im Gespräch mit NU nur rudimentär daran erinnern, dass im Bezirksrat über die Arnezhofstraße gesprochen wurde. Im Gegensatz dazu weiß Adi Hasch von den Grünen noch genau, dass das Thema im Zusammenhang mit der Ichmannngasse bei einer Sitzung im März erwähnt wurde. Die Umbenennung beider Gassen würde eine Welle lostreten. Dann müsste ja auch die Bezeichnung des Bezirks „Leopoldstadt“ geändert werden, hätten empörte Bezirkskollegen argumentiert, erzählt Hasch.

Zudem würden sich die Gründe „aus der Praxis“ ergeben, weshalb die Arnezhofstraße bei ihrer Bezeichnung bleiben müsse, erläutert Bezirksvorsteher Kubik. Die Straße

»Die Ausländer sind die neuen Juden.«

hat mehrere hundert Bewohner, die alle ihre Dokumente aufgrund der Adressenänderung – kostenpflichtig – erneuern lassen müssten. Das sei nicht so einfach. „Aus sachlichen Gründen“ habe die Bezirksvorstehung daher „einhellig“ eine Umbenennung der Arnezhofstraße abgelehnt, ließ Bezirksvorsteher Kubik brieflich einem aufgetragenen Anrainer mitteilen.

Nach der Ablehnung 1993 (unter Kubiks Vorgänger) habe die Bezirksvertretung nach Angaben der Grünen vereinbart, eine Mahntafel über die Arnezhofstraße anzubringen, um über die Taten des

katholischen Pfarrers zu informieren. Geschehen ist bisher nichts dergleichen. Der heutige Bezirkschef weiß von einer derartigen Vereinbarung nichts. Die SPÖ habe die Sache „taktisch versanden lassen“, vermutet dagegen der stell-

vertretende Bezirkschef der Grünen. Vorrangig sei nicht, Namen zu tilgen, sondern dass man sich mit der antisemitischen Tradition im zweiten Bezirk auseinander setze, fordert Karl Öllinger. Die Umbenennung an sich sei zweitrangig. „Die Leute

können ja nichts dafür“, wenn sie an belasteten Adressen wohnen. Das sieht auch der SPÖ-Bezirkschef so. Die Anregung, ein Inventar von belasteten Straßenbezeichnungen in seinem Bezirk zu erstellen, verspricht er, weiterzuverfolgen.



FOTO ©: Lisl Ponger

Mexikoplatz: Marktplatz, Spielplatz für Migrantenkinder

Wer entscheidet, welche Straßen wessen Namen tragen?

Das Stuwerviertel in Wien-Leopoldstadt ist eine der vier Wegstationen des Projekts „Verborgene Geschichte – remapping Mozart“ im Rahmen des Wiener Mozartjahres 2006. In Ausstellungen und Veranstaltungen wollen Kuratoren und Kuratorinnen um Lisl Ponger in verschiedenen Wiener Gegenden auf die sozialen und künstlerischen Querverbindungen und Brüche zwischen der Mozartzeit und dem Heute aufmerksam machen. Da ist etwa der Mexikoplatz, jetzt Marktplatz ebenso wie Fußball-/Spielplatz für Migrantenkinder, der im 18. Jahrhundert noch Sumpfgebiet war. Das Denkmal für Mexiko erinnert daran, dass der Staat als Einziger außer der damaligen Sowjetunion 1938 vor dem Völkerbund, der Vorgängerorganisation der UNO, gegen den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich protestierte.

Das NS-Regime germanisierte denn auch Mozart (mit seinem „arisierten“ Librettisten Lorenzo da Ponte, der vor dem Übertritt vom jüdischen Glauben zum Katholizismus Emanuele Conegliano

hieß). Politisch vereinnahmt wurde Mozart aber auch von der Republik, die ihn zur rot-weiß-roten Identifikationsfigur aufbaute, meinen die Veranstalter von „remapping Mozart“. Joseph von Sonnenfels, mit Mozart einer der prominentesten damaligen Freimaurer, war als aufgeklärter Kunsttheoretiker (u.a. deutsche Sprachreform) unter Joseph II. auch für die Reorganisation der Zensur zuständig. Nach ihm wurde in Wien die Sonnenfelsgasse (früher „Untere Bäckerstraße“) beim Rathausplatz benannt. In der NS-Zeit sollte die Erinnerung an Sonnenfels, einen konvertierten Juden, ausgelöscht werden; die Straße hieß von 1938 bis 1945 Johann-Sebastian-Bach-Straße.

Dass ausgewählte Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Zonen des öffentlichen Raums verdrängt werden, ist eine alte, normierende Taktik. Die Geschichte zeigt ein Bild der Beschränkungen des Zugangs zu Räumen. So möchte „remapping Mozart“ an Juden und Jüdinnen ebenso erinnern

wie an „Roma, SexarbeiterInnen oder einfach an die so genannten VagabundInnen. Es ist ein andauernder Kampf um öffentlichen Raum, der weiterhin stattfindet“.

Die erste „Remapping“-Etappe war im Bösendorfer-Gebäude im vierten Bezirk. Nächstes Ziel ist Ottakring, wo die Kufner Sternwarte Zentrum des Geschehens zum Thema „Afrikanische Diaspora in Wien“ sein wird.

WEB-TIPPS:

„Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“, genaue Veranstaltungsorte, Öffnungszeiten usw. unter: http://remappingmozart.mur.at/joomla/component/option,com_frontpage/Itemid,1/lang,de/

„Lorenzo da Ponte – Aufbruch in die neue Welt“, Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Wien (bis 11. September): http://www.jmw.at/de/lorenzo_da_ponte.html

Rätselhaftes in Jiddisch ...

... und anderen Sprachen

VON MICHAELA SPIEGEL

WAAGRECHT:

2. Nicht nur das Bienchen tut's wohl ohne Lohn, gut aufgelegt tut's auch der...
7. Kurzer Stern, David ...
8. Wenn vier schreiben du sollet, schreib hier einfach nur ...
9. Als Ganef in Amerika vor hundert Jahr erfolgreich war ...
11. Gegenteil von Jungfrau und von 7 senkrecht bestens vertreten...
13. Von rechts nach links ein böser Traum ...
14. Weiblicher Vorname ...
15. Jüdische Rentierzüchtung aus dem Norden, kannst du dir schluckweis besorgen ...
17. Namentlich schön anzusehen, es ist Zeit, 16 senkrecht muss von dort gehen ...
21. Kurz gesagt, unbetamt leider ...
22. Dächer deckt sie in den Alpen, seine Bücher zählen nicht zu den alten...
26. Wienerisch für schnell und eilig ...
28. Berlinerisches Nein ...
29. Kubanisch, eindeutig vornämlich ...
30. 8 waagrecht minus eins singt im ...
32. Drei mal drei, ob wirklich klug ist einerlei ...
33. Kurz gesagt, Lateinisch kann ich ihn nicht nennen ...

SENKRECHT:

1. Von unten nach oben, grüßen wir leise, 16 senkrecht vor ihrer Reise ...
2. Ab 7 senkrecht moderne Zeiten, für jüdische Musikeinheiten ...
3. Mach wem? Kein Maulspiel? ...
4. Die Frage ist kurz gesagt nicht leicht, oder? ...
5. Was dem Kohn-ery sein Bond, ist dem James sein ...
6. Wie, das sagt der Lateiner einfach damit ...
7. Einer musisch, einer recht, fürs Land der Berge wirklich nicht schlecht ...
8. Englisch Püppchen oder endloses 8 waagrecht ...
10. Zum Tate kannst du ohne Zagen ab und zu auch ... sagen ...
12. Schlimm ist die Causa um senkrecht 16, auch wenn ihr Antlitz noch so scheen ...
16. Die goldene, na wer schon? ...
18. Wenn die Lichter er..., die Sprache verhallt...
19. Also wessen ist jetzt 16 senkrecht, mein, sein oder ...?
20. Sportliche Armbewegung, unpolitisch...
23. Was geht über schön? ...
24. Teufel, Teufel, versteh einer von unten nach oben die Ministerin ...
25. 3 senkrecht gänzlich durcheinander ...
27. Hochdeutsches oi ...
31. Hier steht es kopf, in Wirklichkeit wohl nie...

Auflösung auf Seite 45

| | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| | 1 | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | |
| 7 | | | 8 | | | | | | |
| 9 | | 10 | | | | | | | |
| | | 11 | | | | 12 | | | |
| | | 13 | | | | | | | |
| 14 | | | | 15 | | | | 16 | |
| | | | | | | | | | |
| 17 | | 18 | | | 19 | | 20 | | |
| | | | | | | | 21 | | |
| | | 22 | 23 | | | 24 | | | 25 |
| 26 | 27 | | | | 28 | | | | |
| | 29 | | | | | 30 | | 31 | |
| 32 | | | | | | | | | |
| | | 33 | | | | | | | |

Interview mit Staatsopern-Direktor Ioan Holender, NU Nr. 23 (1/2006)

Das Interview mit Herrn Direktor Holender zeigt, dass er eine sehr eingeschränkte Geschichtsbetrachtung hat. Ihm persönlich mag es ja in Rumänien in der fraglichen Zeit sehr gut gegangen sein. Er scheint aber das Schicksal von 10.000en Juden, die aus Bessarabien und der Bukowina (auch Rumänien) deportiert und ermordet wurden, übersehen zu haben. Herr Direktor Holender hat offenkundig auch nichts vom Konzentrationslager Transnistrien gehört oder hören wollen. Mit freundlichen Grüßen
Prim. Prof. Dr. Josef Nagler

Kommentar von Martin Engelberg zum Bauprojekt Ichmannngasse (gemeinsamer Standort für Kindergarten, Schule, Elternheim und Hakoah) und dem aus seiner Sicht fehlenden inhaltlichen Engagement der Kultusgemeinde, NU Nr. 23 (1/2006)

Dass die IKG auf dem (nicht ganz leicht zu definierenden) Feld der „Jüdischkeit“ die Initiative nahezu „kampflos“ Chabad und anderen orthodoxen Institutionen überlässt, ist, freundlich gesagt, eine grobe Unterlassungssünde mit Langzeitfolgen. (...) Schon jetzt herrscht meiner Ansicht nach, bei aller Funktionalität der Verwaltung, des Maimonides-Zentrums und von ESRA, ein spürbarer Mangel an „jüdischem Geist“ (was immer dies auch ist oder sein sollte), der eigentlich alle Bereiche durchdringen sollte. Allerdings besteht das Problem bei der Behandlung des Themas darin, dass dieses zunehmende Unbehagen nur schwer in Worte zu fassen ist. Vielleicht könnte man darüber einmal eine Diskussion führen oder ein Symposium abhalten, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, das Problem verbal in den Griff zu bekommen. (...)

Mit herzlichen Grüßen
Ernst Meir Stern

Beim Durchlesen des Kommentars zum Projekt Ichmannngasse in der letzten Ausgabe des NU musste ich zu meiner Überraschung feststellen, dass die befragten Gemeindeglieder zu diesem Projekt eher gleichgültig eingestellt sind. Nach meiner persönlichen Erfahrung, die ich vorwiegend im Umkreis des Maimonides-Zentrums (Bewohner, Angehörige und Besucher) machen konnte, wird dieses Vorhaben deutlich abgelehnt, wobei ich aus vielen Argumenten für die Ablehnung einige hervorheben möchte.

Am derzeitigen Standort in der Bauernfeldgasse haben die Bewohner die Möglichkeit, in wenigen Gehminuten und bei Gehbehinderung mit dem Rollstuhl mit Hilfe der Betreuung in der Döblinger Hauptstraße eine komplette Infrastruktur mit Geschäften, Banken, Bezirksamt, Apotheke, Trafik, Kaffeehaus, Konditorei und vielem mehr zu nützen. In der Umgebung der Ichmannngasse ist nichts dergleichen. (...)

Ein sehr wesentlicher Nachteil für die Heimbewohner entsteht auch im Falle einer Erkrankung. Wie jeder, der das Maimonides-Zentrum (MZ) häufig besucht, bestätigen wird, werden jeden Tag mehrere Krankentransporte, sei es zu diversen Untersuchungen in die Ambulanzen oder zu stationärer Aufnahme in die Spitäler, durchgeführt. Vom jetzigen Standort des MZ beträgt die Fahrzeit in das AKH nur ca. zehn Minuten und in andere Spitäler vielleicht das Doppelte. Im Notfall, auch das gibt es leider manchmal, ist man in der Notaufnahme des AKH in ca. fünf Minuten. In der Nähe der Ichmannngasse ist meines Wissens kein Krankenhaus. (...)

Ich könnte noch weitere Nachteile, die durch die Übersiedlung des Elternheimes in so eine abgelegene Gegend entstehen werden, anführen, möchte aber lieber einen konstruktiven Vorschlag machen. Dass der derzeitige Zustand des MZ in der Bauernfeldgasse nicht mehr den Anforderungen entspricht ist unbestreitbar. Es gibt aber eine andere wesentlich vernünftiger Lösung des Problems als die Übersiedlung.

Den meisten Gemeindegliedern ist nicht bekannt, dass das Grundstück des MZ nicht am Gartenzaun am Ende des Gartens endet, sondern der ganze Hang herunter zur Heiligenstädter Straße zum Grundstück des MZ zugehörig ist. Vor einiger Zeit wurde angedacht und es ist mir bekannt, dass sogar Vorplanungen erstellt wurden, dieses Grundstück von beträchtlichem Ausmaß zu verbauen und zwar von der Heiligenstädter Straße nach oben einen Neubau zu erstellen, welcher vor allem die Pflegestationen und Pflegeeinrichtungen, sowie eine Anzahl von Wohneinheiten beinhalten sollte. Dieser Neubau würde durch einen überdachten Verbindungsgang mit dem Altbau verbunden sein. (...)

Abschließend möchte ich nach vielen Diskussionen mit Interessierten zum Ausdruck bringen, dass unter der objektiven Beurteilung aller Argumente bei uns die Überzeugung entstanden ist, dass die Übersiedlung des MZ als ein Lückenbüßer zwecks Geldbeschaffung und Kostenersparnis für das gesamte Monsterprojekt dienen soll. Man will/muss das Grundstück in der Bauernfeldgasse teuer verkaufen, damit genügend Geld für das Hauptbauvorhaben (Hakoah und Schule) da ist. Darüber hinaus, im Falle eines Verbleibes des MZ am jetzigen Standort, müsste für die Schule eine eigene Küche gebaut und eingerichtet sowie Personal eingestellt werden, was natürlich zusätzliche Kosten bedeuten würde. (...)

Thomas Lederer

Wir trauern um
unseren Freund
und Kollegen
KLAUS ZELLHOFER
Die NU-Redaktion

Das jüdische „Sakrileg“

Ein neuer Thriller beginnt zumindest wie der Bestseller Dan Browns. Eine chassidische Verschwörung, die auch vor Mord nicht zurückschreckt.

VON RAINER NOWAK

Also fragte der Rebbe: „Darf ein gläubiger Jude töten?“ Und der Bösewicht weiß auch die Antwort: „Sagen wir, ein Mörder ist unterwegs, um eine unschuldige Familie zu ermorden. Wir wissen, wenn wir ihn töten, werden wir das Leben der Familie retten. Und was ist, wenn der Mann, von dem wir sprechen, gar kein Mörder ist, wenn aber trotzdem unschuldige Menschen, auf diese oder jene Weise sterben werden, wenn er am Leben bleibt? Was sollen wir dann tun? Dürfen wir ihn töten? Ja, denn ein solcher Mann ist, was wir einen Rodef nennen. Wenn es keinen anderen Ausweg gibt, darf man ihn töten.“

So bedrohlich klingt in Sam Bourne's Roman „Die Gerechten“ ein jüdischer Rabbiner. Anhören muss sich

das ein junger Reporter der „New York Times“ und damit beginnt mehr oder weniger eine schnelle und von Leichen gepflasterte Geschichte über eine große Verschwörung in der ultra-orthodoxen jüdischen Gemeinde in Brooklyn. Das klingt nicht nur sehr ähnlich wie der derzeit viel diskutierten Bestseller „Das Sakrileg“ von Dan Brown, das ist ziemlich ähnlich. Und durchaus unterhaltsam. Empörung in den konservativen Zirkeln wird das Werk nebenbei nicht wirklich hervorrufen, am Schluss sind doch nicht die Juden Schuld an der Mordserie, sondern ...

Aber zurück zum Beginn des Thrillers, der sich wie das vermutlich nicht ganz zufällige Vorbild durchaus gut verkauft: Journalist Will Monroe von der „New York Times“ recherchiert seine erste Story. Das hat nichts damit zu tun, dass sein Vater ein guter Bekannter des neuen Chefredakteurs ist – erstmals in der Geschichte des Blattes kein Jude, sondern ein wiedergeborener Christ nebenbei. Monroes Geschichte vom ermordeten Zuhälter, der einer ihm völlig unbekanntem Frau einstmal das Leben rettete, indem er sein Hab und Gut verkaufte, schafft es, zum Missfallen der Kollegen, sogar auf die Titelseite. Und auch die Story vom fundamentalistischen Waffenfreak in Montana, der auf die gleiche Art und Weise wie der gerechte Sünder (mit vorheriger Betäubung) getötet wird, lässt sich zumindest anfangs vielversprechend an.

Aber dann wird Monroes Frau entführt. Auf der Suche nach ihr gerät der angehende Starjournalist immer mehr in ein religiös motiviertes Geflecht krimineller Energie – und auf die Spur eines Geheimnisses, das viel mit der Kabbala zu tun zu haben scheint. Theoretischer Unterbau der Mordserie, die sich in diesem spannenden Thriller ereignet, ist die Geschichte der 36 Gerechten pro Generation, unter ihnen könne einer der Messias sein. Diese guten Menschen werden in dem Buch einer nach dem anderen ermordet. Klingt simpler, als es ist, wie Browns Bücher wirkt auch der Roman Bourne's etwas verworren. Nicht den Faden zu verlieren, macht für Fans derartiger Literatur wohl einiges von der Faszination solcher Religionsfantasy aus. In der „taz“ war da etwa von „erstklassigem Schund“ zu lesen.

Sam Bourne ist das Pseudonym für Jonathan Freedland (Jahrgang 1967). Nach seinem Politik- und Ökonomiestudium in Oxford arbeitete Freedland als Reporter bei der „Washington Post“ und für „Newsweek“. Er ist nun Redakteur und Kolumnist beim „Guardian“ in London und leitet eine Sendung bei BBC Radio 4. Er hat zwei Sachbücher publiziert sowie Erinnerungen an seine jüdische Familie.

Sam Bourne: „Die Gerechten“, Verlag Scherz, 3. Auflage 2006, 448 Seiten, 18,40 €, ISBN 3-502-10024-1



FOTO ©: Verlag Scherz



FOTO ©: Peter Rigaud

IKG Immobilienholding

VON MARTIN ENGELBERG

Die Zeitung „Gemeinde“ ergriff unlängst die, wie sie meinte, überaus günstige Gelegenheit eines angeblich runden Amtsjubiläums Muzicants – er wurde vor acht Jahren und zwei Monaten zum ersten Mal gewählt und vor drei Jahren und sechs Monaten wieder gewählt – für ein langes und ausführliches Interview mit dem Präsidenten, das sich zu einem präsidialen „Tour d’horizon“ gestaltete.

Doch siehe da, Muzicant sagt auch tatsächlich etwas Bemerkenswertes – wie ich meine, bemerkenswert Ehrliches. Auf die Frage: „Und wo bleiben die religiösen Leistungen, die Inhalte, das Jüdische?“, antwortet der Präsident: „Tatsächlich ist die IKG eine Dachorganisation ... die zahlreiche anderen Institutionen und Organisationen fördert bzw. ihnen ermöglicht, ihr Angebot ständig zu erweitern. ... Das ist zwar nicht der Verdienst der IKG, aber wir schaffen Voraussetzungen und jene Infrastruktur, die dafür erforderlich sind.“

Lassen wir uns doch das Gesagte einmal mittels eines Vergleichs auf der Zunge zergehen. Stellen wir uns vor, die katholische Kirche Österreichs würde mitteilen, sie sähe sich eigentlich als eine Dachorganisation, also eine Holding, die sich hauptsächlich darum kümmerte, dass sich ausreichend Immobilien in ihrem Besitz befänden und auch sonst genug Geld hereinkäme.

Der Stephansdom würde z.B. – mit viel Unterstützung der öffentlichen

Hand – allerfeinst hergerichtet, vielleicht in einem Seitentrakt ein kleiner Dachbodenausbau durchgeführt und ein Supermarkt eingerichtet, um die Erträge noch weiter zu steigern.

Für die religiösen Bedürfnisse, die Inhalte, die Seelsorge usw. jedoch stellte man nur einen Kardinal ein, der aber lediglich mit einer Sekretärin versorgt, ansonsten völlig auf sich allein gestellt und daher völlig überfordert wäre. Die Betreuung der Gläubigen im bestens adaptierten Stephansdom überließe man Opus Dei.

Muzicant hat also, wohl eher unbewusst, eine sehr ehrliche und völlig richtige Analyse der Entwicklung der Kultusgemeinde unter seiner Präsidentschaft geliefert: Seit eh und je hat er in der IKG ein Projekt nach dem anderen verwirklicht. Zahlreiche Dachbodenausbauten, Neubauten, Wohnbauprojekte, das Großprojekt in der Czerningasse/Tempelgasse. Jetzt soll zur Krönung all dessen das Mega-Projekt „Ichmannngasse“ folgen.

Es ist Muzicant dies auch gar nicht zum Vorwurf zu machen. Er macht einfach nur das, was er gut kann. Darüber hinaus haben all diese Projekte tatsächlich zur Verbesserung der Infrastruktur der Gemeinde beigetragen und hätten auch deren langfristige finanzielle Absicherung gewährleisten können (wären nicht die Ausgaben gleichzeitig dramatisch erhöht worden).

Die religiöse Erziehung jedoch, ein positiver, erfüllter Zugang zur Religion, ein Gefühl für Inhalte, für das Jüdische – religiös, kulturell, wertorientiert, psychologisch, in welcher Ausrichtung auch immer es von den einzelnen Gemeindemitgliedern begriffen werden möchte – fehlt Präsident Muzicant fast gänzlich.

Dies wussten auch immer alle mit ihm in der Kultusgemeinde Arbeitenden und es hat dies schon vor vielen Jahren der Mandatar der orthodoxen Liste „Khal Israel“, Mayer Fried s. A., einmal in einer Sitzung des Kultusvorstandes auf den Punkt gebracht: „Der Muzicant hat Kojach (Kraft) wie ein Pferd und er alleine kann ziehen eine ganze Kutsche. Aber er braucht einen Kutscher, der ihm weist, wohin zu laufen“.

Den oder die Kutscher hat Muzicant längst abgeworfen und so rast die Kutsche – mit den Gemeindemitgliedern hinten drin – mit einem ziemlichen Tempo dahin. Keiner in der Kultusgemeinde scheint mehr einen Blick auf die wesentlichen Dinge im Judentum, in einer jüdischen Gemeinde zu haben. Jene Akademiker, Pensionisten, Händler, Kaufleute – erfolgreiche und gescheiterte, wie sie so im Kultusvorstand sitzen, sind inzwischen auch schon zu Freizeit-Immobilienmaklern und Developern und damit zu mitlaufenden Pferden mutiert. Hiermit sei einmal das Warnsignal „Fasten Seat Belts“ im Inneren der Kutsche eingeschaltet.

Ichmannngasse – Sackgasse



FOTO ©: Peter Rigaud

VON ERWIN JAVOR

Gerhard Bronner muss prophetische Gaben besitzen. Schon vor Jahrzehnten hat er in seinem Programm „Die unruhige Kugel“ folgende Szene beschrieben: Anlässlich der feierlichen Eröffnung des St. Gotthardtunnels wird unter anderem auch ein israelischer Ingenieur gefragt, wie in Israel der Bau eines Tunnels geplant wird. „Ganz einfach und ohne komplizierte Berechnung. Man gräbt gleichzeitig von beiden Seiten und in der Mitte trifft man sich.“ Auf die erstaunte Frage, was denn geschehen würde, falls man sich nicht treffen sollte, antwortete der Israeli: „Na, dann haben wir halt zwei Tunnel.“ Trefflicher kann man die derzeitige Bauwut der Kultusgemeinde wahrlich nicht beschreiben.

Mitten in einer Art Mondlandschaft – der geneigte Leser soll sich bitte selbst einen Eindruck davon machen – soll im zweiten Wiener Gemeindebezirk in der Ichmannngasse ein Monsterprojekt entstehen. Schule, Kindergarten, Sportplatz und Elternheim sollen auf einen Ort zusammengezogen werden. Im Gegenzug wurde die Schule in der Castellezgasse um ca. vier Millionen Euro und das Elternheim im 19. Bezirk in der Bauernfeldgasse, gemeinsam mit einem wertvollen unbebauten Nachbargrundstück, um ca. sieben Millionen Euro verkauft.

Statt die notwendige Erweiterung für die Bewohner des Elternheims an Ort und Stelle zu verwirklichen, werden 2008 unsere Senioren aus ihrer gewohnten und gewachsenen Gegend

mit ausgezeichneter Infrastruktur, in eine unbewohnte Region – ohne Kaffeehäuser und Einkaufsmöglichkeit – übersiedelt. Und die Kosten dieses Neubaus in der Ichmannngasse werden – laut IKG-Präsident Ariel Muzicant – über 50 Millionen Euro betragen. Finanziert wird dieses Projekt auch durch ein zinsloses, aber dennoch rückzahlendes Darlehen von 20 Millionen Euro. Im Übrigen gibt es bis zum heutigen Tag keinerlei Berechnung der künftigen Betriebskosten.

»Ein Projekt dieser Größenordnung ist für unsere kleine Gemeinde unnötig und letztlich auch undurchführbar.«

Muzicant hat durch seine Hartnäckigkeit in der Restitutionsfrage einen unerwarteten finanziellen Erfolg für die IKG verbuchen können. Gleichzeitig wurde durch die Härte in den Verhandlungen die Auszahlung für viele betagte Opfer der Shoa verzögert und ist noch immer nicht vollständig erfolgt. Dennoch ist es ein historisches Verdienst Muzicants, die IKG vor dem Konkurs gerettet zu haben. Aber das gibt ihm noch nicht das Recht, alles wieder aufs Spiel zu setzen.

Ein Projekt dieser Größenordnung ist für unsere kleine Gemeinde unnötig und letztlich auch undurchführbar. Unsere Verwaltung wäre damit völlig überfordert und die meisten ehrenamt-

lichen Kultusräte, die bereits jetzt ihre gesamte Freizeit in mehr oder weniger wichtigen Besprechungen versetzen, sind absolut nicht in der Lage, diese komplexe Materie zu durchschauen. Dazu kommt, dass die derzeitige Führung nicht bereit ist, die Bilanzen unserer Gemeinde allen Mitgliedern zugänglich zu machen oder sie zumindest von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer testieren zu lassen.

Die Zahlen, die Mitglieder erhalten, sind willkürlich erstellte Budgetziffern, die man nirgendwo hinterfragen kann. Wir haben ja nicht einmal eine funktionierende und statutarisch vorgeschriebene Kontrollkommission. Seit vor mehr als zwei Jahren die treibende Kraft und die Seele dieses Gremiums, Amos Davidovits, frustriert das Handtuch geworfen hat, gibt es faktisch keine Prüfung mehr.

Die herablassende Art, mit der Präsident Muzicant auf sachliche Kritik von Martin Engelberg reagiert, lässt alle meine Alarmglocken läuten. Dass Machtrausch, Größenwahn und mangelnde Kontrolle schlechte Berater sind, kann man derzeit ganz aktuell in der Causa BAWAG beobachten.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Kosten unserer derzeitigen und noch geplanten Infrastruktur nicht mehr seriös zu finanzieren sind. Und wir alle sollten vermeiden, vom Wohlwollen der heutigen oder auch jeder zukünftigen österreichischen Regierung abhängig zu sein.



P.b.b. • Verlagspostamt 1010 Wien • Zulassungsnr.: 02Z033113M

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:

Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479

Internet: www.nunu.at, E-Mail: office@nunu.at, Fax: +43/1/715 05 45-15

BA-CA (BLZ 12000) Kto.-Nr. 08573 923 300

Sie sind an einem NU-Abonnement interessiert? Dann wenden Sie sich doch bitte schriftlich an die Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479. Oder Sie bestellen Ihr Abonnement per Mail an office@nunu.at bzw. telefonisch bei Anton Schimany unter +43/1/531 77-290 bzw. 0664/300 77 06 oder per Fax unter +43/1/715 05 45-15. Der Jahres-Abo-Preis (vier Hefte) bei Postzustellung im Inland beträgt 10 Euro, innerhalb der Europäischen Union 15 Euro, außerhalb Europas 20 Euro. NU ist zudem in der Buchhandlung Herder, Wollzeile 33, 1010 Wien, zu erwerben.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Fabian Burstein, Martin Engelberg, Heike Hausensteiner, Christof Janitschek (grafisches Konzept), Erwin Javor, Adam Kanner, Franz Krahberger, Peter Menasse (Chefredakteur), Rainer Nowak, Charles E. Ritterband, Heide Schmidt, Katja Sindemann, Danielle Spera, Michaela Spiegel, Alexia Weiss (stv. Chefredakteurin)

Satz & Layout :

echokom werbeagentur ges.m.b.h, 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Tel.: +43/1/526 26 76-0

Druck:

Gröbner Druck Gesellschaft m.b.H., 7400 Oberwart, Steinamangerer Straße 161

Offenlegung gemäß Mediengesetz:

Herausgeber: Verein Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum mit Sitz in 1011 Wien, Postfach 1479.

Obmann: Johann Adler, Schriftführer: Martin Engelberg, Kassier: Erwin Javor.

Grundsätzliche Richtung: NU ist ein Informationsmagazin für die Mitglieder der IKG und für ihnen nahe stehende, an jüdischen Fragen interessierte Menschen. NU will den demokratischen Diskurs fördern.

Die ganze Welt ist NU. Ein Beispiel? Nu, bitte:

A, vergnügt: „Nu?“ („Wie geht es Dir?“)

B, resigniert: „Nu.“ („Es ist mir schon besser gegangen.“)

A, erstaunt: „Nu?“ („Na geh, sag, was ist denn?“)

B, abwehrend: „Nu!“ („Es geht mir halt nicht so gut, aber mehr ist dazu nicht zu sagen.“)

A, akzeptierend: „Nu.“ („Okay, wenn Du nicht darüber reden willst, lasse ich Dich in Ruhe.“)